Wer verhalf Hitler zur Macht? Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 5, 2. Februar 1979 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

RUB Bochum Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew. S2D3426

Bundeshaushalt '79

Steigende Verschuldung und Rekordrüstung

Vergangene Woche ging im Bundestag die Debatte über den Haushaltsplan für 1979 zu Ende. Mit 204 Milliarden Mark an Ausgaben ist es der bisher größte Haushalt in der deutschen Geschichte. In dieser Zahl sind allein 159 Milliarden Mark an Steuereinnahmen enthalten. Die Tatsache, daß dieses Steueraufkommen zu zwei Dritteln von der werktätigen Bevölkerung und nur zu einem Drittel von den Unternehmern aufgebracht wird, macht deutlich, daß dieser Rekordhaushalt einen Rekord an staatlicher Ausplünderung der Werktätigen unseres Landes darstellt.

Die CDU/CSU hat während der Debatte ihr gewohntes Geschrei über die katastrophale Verschuldung des Bundes erhoben. Doch dieses Geschrei ist nichts als Demagogie. In der Tat hat die Verschuldung mit 31,2 Milliarden Mark einen neuen Rekord erreicht, der gesamte Schuldenberg, den der Staat Jahr für Jahr mitschleppt, wird Ende 1979 den Betrag von 208 Milliarden Mark erreichen.

Fortsetzung auf Seite 2



Die deutsche Rüstungsindustrie bekommt Milliarden zugeschoben. (Bild: Montage von Kampfpanzern des Typs „Leopard".)

Quittung für den Schandabschluß

Hoesch-Vertrauensleute fordern personelle Konsequenzen in der IGM-Führung

Am Freitag vergangener Woche und am Montag fanden bei den Stahlhütten Phoenix und Westfalenhütte der Hoesch Hüttenwerke AG in Dortmund Vertrauensleute-Vollversammlungen statt. Die Kollegen diskutierten den Verlauf des Stahlarbeiterstreiks, über die Haltung der IGM-Führung und über den faulen Kompromiß, mit dem die Stahlwerker nach sechs Wochen Streik und Aussperrung abgespeist worden sind.

Das Ergebnis dieser Diskussionen dürfte für die IGM-Bonzen wie eine Bombe wirken. Auf beiden Vollversammlungen verabschiedeten die Vertrauensleute Anträge, in denen die Ablösung des Essener IGM-Bezirksleiters Herb bzw. weitergehende personelle Konsequenzen in der IGM-Spitze gefordert werden. Im folgenden der volle Wortlaut der Resolution der Phoenix-Kollegen:

„Die Vertrauensleute-Vollversammlung von Hoesch Hüttenwerke AG, Werk Phoenix fordert vom Vorstand der IG Metall die Ablösung des Bezirksleiters Kurt Herb. Sollte der Vorstand die Verhaltensweise des Bezirksleiters für richtig halten, so muß der Vorstand eigene Konsequenzen ziehen. Mit Personen, die ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Mitgliedschaft verspielt haben, kann man in Zukunft keine Tarifpolitik mit Aussicht auf Erfolg führen. Im Sinne der langfristigen Ziele der Arbeiterbewegung sind personelle Konsequenzen absolut notwendig."

Dieser Mißtrauensantrag trifft, auch wenn er speziell die Person des Bezirksleiters Herb anspricht, im Grunde die gesamte Bonzenclique um Loderer, Janßen und Konsorten. Denn die Politik Herbs ist nichts anderes, als die Politik der IGM-Führung insgesamt. Der Antrag spricht sicherlich nicht nur der Mehrheit der Stahlarbeiter aus dem Herzen, sondern auch den Metallern insgesamt. Der bodenlose Verrat, den die IGM-Führung gerade jetzt wieder in der Metalltarifrunde begangen hat, zeigt, daß die IGM-Bonzen Arbeiterfeinde sind, daß sie auf der anderen Seite der Barrikade stehen.

Metaller wurden übel verschaukelt

Am 23. Januar beendeten die Vertreter des Kapitalistenverbands Gesamtmetall und die Spitzenfunktionäre der IG Metall ihre Verhandlungen über einen neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag und, damit gekoppelt, über einen neuen Manteltarifvertrag. Die Hauptpunkte der Vereinbarungen: 4,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt bei einer Laufzeit von 13 Monaten. Festschreibung der 40-Stunden-Woche bis zum 31. 12. 1983. Verlängerung des Jahresurlaubs auf 6 Wochen in einer Stufenregelung, die bis 1982 6 Wochen (bzw. 30 Tage) Urlaub für alle Arbeitergruppen bringt.

Dieser Abschluß wurde für den Tarifbezirk Hessen getroffen. Er wird jedoch — wie vorher von den Bossen und Bonzen schon angekündigt — als Modellabschluß für die gesamte metallverarbeitende Industrie betrachtet. In den Tarifbezirken Baden-Württembergs, in Nordrhein-Westfalen und Westberlin ist er inzwischen bereits — mit geringfügigen Varianten — übernommen worden. Dieser Tarifabschluß ist ein übler Verrat an den Forderungen der Metaller. Genaueres dazu lesen Sie auf Seite 4 dieser Ausgabe des „Roten Morgen".

Kurzarbeit in der Rundfunkindustrie

Die Konzernherren der Rundfunk- und Fernsehgeräteindustrie haben für Februar und März Kurzarbeit angeordnet. Bei Telefunken sollen rund 5.000 Kollegen in den Werken Hannover, Celle, Braunschweig und Westberlin zwischen dem 26. Februar und dem 16. März kurzarbeiten. Die Loewe-Opta GmbH will vom 12. Februar bis zum 2. März kurzarbeiten lassen. Von Mitte Februar an sollen zeitlich gestaffelt auch insgesamt ca. 2.400 Kollegen bei den Blaupunkt-Werken (Bosch-Gruppe) in den Werken Hildesheim, Salzgitter und Osterode kurzarbeiten. Die Konzernherren wollen mit der Kurzarbeit die Lasten einer umfassenden Absatzflaute auf die Arbeiter und Angestellten abwälzen.

GSG 9 und Polizei-Sonderkommandos proben Bürgerkrieg

Operation „Loreley"

Mit „Loreley", der größten Polizeiübung seit Jahren, probte das Sonderkommando der rheinland-pfälzischen Polizei gemeinsam mit der GSG 9 den Ernstfall. Als solcher wurde die Entführung eines Bonner Kapitalisten durch Terroristen nach dem Vorbild der Schleyer-Entführung fingiert. Man sollte sich aber nicht täuschen lassen: Die ständig zunehmenden Polizeimanöver dieser Art sind nicht Ergebnis einer übersteigerten Terroristenangst. Sie dienen unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung dazu, die Polizei auf einen ganz anderen „Ernstfall" zu trimmen. Auf den Fall nämlich, der eintritt, wenn sich die Krise in der Bundesrepublik derartig zuspitzt, daß sich die werktätigen Massen gegen die kapitalistische Herrschaft erheben. Auch Übungen wie die „Loreley" sollen die Polizei für ihre Rolle als Bürgerkriegstruppe trimmen.

Deng zu Carter: Bündnis Chinas mit USA-Imperialismus

Staatsbesuch Deng Xiaopings in den USA

Am vergangenen Wochenende traf der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Deng Xiaoping zu einem Staatsbesuch in den USA ein. Schon zu Beginn der Unterredungen zwischen Carter und Deng am Montag hatte der „starke Mann" in der chinesischen Führung das Hauptanliegen seines Besuches bei Carter beim Namen genannt: Nachdem vor kurzem diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Großmächten aufgenommen worden sind, will die chinesische Führung mit Unterstützung der amerikanischen Supermacht ihre eigenen Großmachtpläne mit großem Tempo verwirklichen.

Deng erklärte, China wolle ein Bündnis mit den USA gegen die Sowjetunion herstellen. Dies sei notwendig, um „den russischen Bären" im Zaum zu halten.

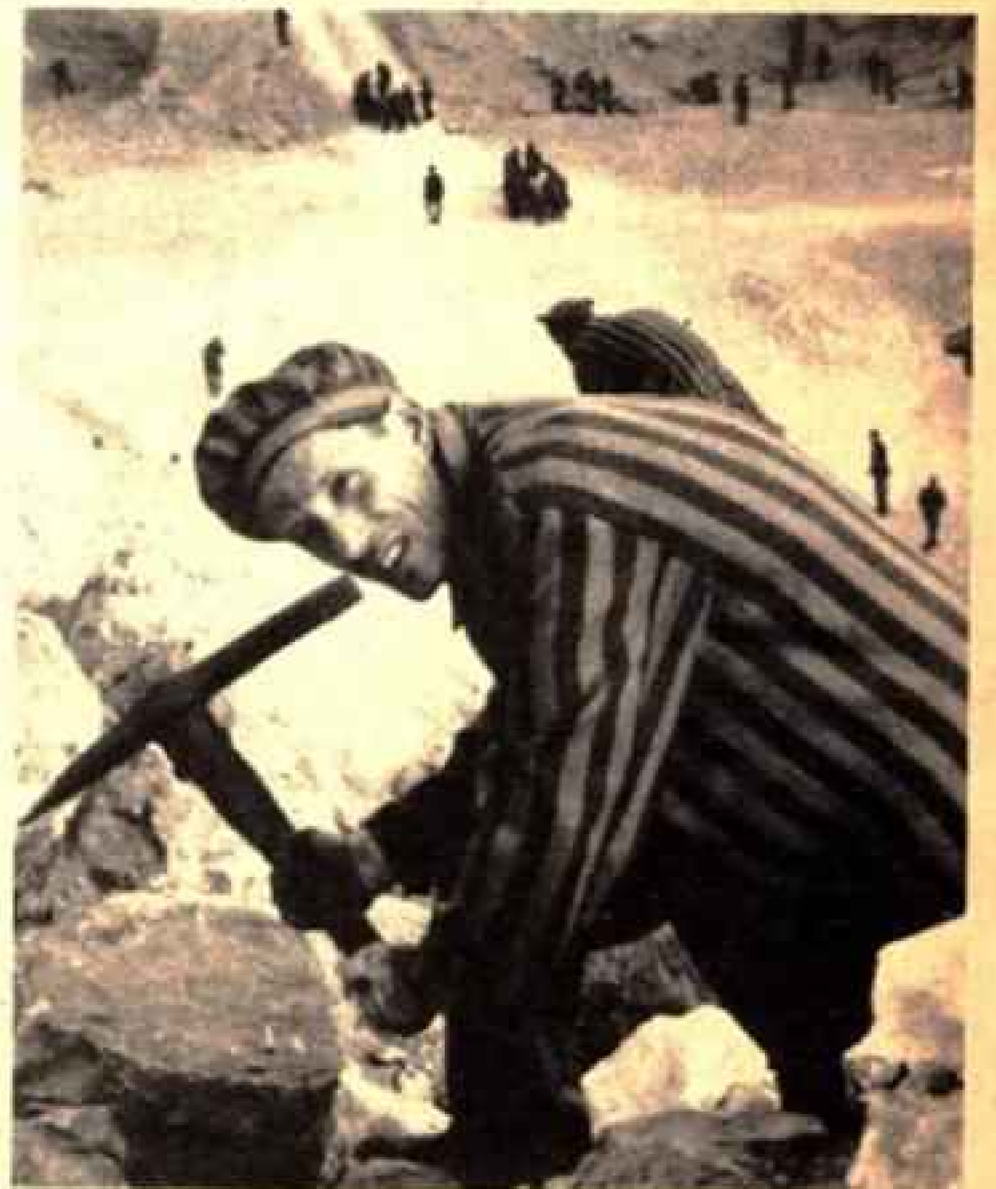
Die Machthaber in China steigen also jetzt voll ein in das gefährliche Pokern der aggressivsten imperialistischen Räuber unserer Zeit. Ihre gegenwärtige Taktik dabei ist es vor allem, die Rivalität zwischen dem USA-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus im Kampf um die Weltherrschaft zu schüren. Davon erwarten sie sich die Stärkung der eigenen Position, um selbst möglichst bald als Supermacht ihre imperialistische Raubgier befriedigen zu können. Der Besuch, der von amerikanischer Seite als „historisches Ereignis" bezeichnet wird, soll den chinesischen Machthabern natürlich auch zu stärkerer wirtschaftlicher Hilfe aus Washington verhelfen.

15 Millionen sahen „Holocaust"

Ein unerwartet starkes und positives Echo hat in der letzten Woche „Holocaust", der amerikanische Spielfilm über die Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die nazifaschistischen Barbaren, gefunden. Millionen Deutsche — viele davon zum ersten Mal — erfuhren durch den Film Näheres über die Verbrechen der deutschen Faschisten.

Obwohl der Film über die dritten Programme ausgestrahlt wurde, stieg die Sehbeteiligung während der vier Folgen von 32 Prozent am Montag auf 41 Prozent am Freitag an. Das entsprach schließlich rund 15 Millionen Zuschauern. Bei den Sendern wurden insgesamt 60.000 Anrufe registriert; Tausende von Briefen und Telegrammen gingen ein. Die meisten äußerten sich zustimmend zu dem Film; sie waren betroffen und empört über die von den Faschisten angerichteten Greuel. Überall an den Arbeitsplätzen, in den Familien und in den Schulen wurden lebhafte Diskussionen über den Film geführt.

Daß ein Spielfilm wie „Holocaust" ein derartiges explosionsartiges Echo hervorrufen konnte, wirft ein bezeichnendes Licht auf das Ausmaß der Verschleierung und Retuschierung der jüngsten Geschichte Deutschlands durch die hierzulande Verantwortlichen. Was haben denn die Herren jahrzehntelang im Fach „Geschichte" lehren lassen, wenn heute Abertausende von jungen Menschen die wahre Bedeutung von Worten wie „Deportation", „Warschauer Ghetto", „Auschwitz" das erste Mal aus einem Spielfilm erfahren? Es ist — trotz verschiedener Mängel — ein Verdienst von „Holocaust", einen Teil der ungeheuren Verbrechen des Faschismus realistisch und schonungslos dargestellt zu haben. „Holocaust" hat nicht nur Betroffenheit und Anteilnahme ausgelöst, sondern in unserem Volk auch die Überzeugung bestätigt: Ein neues '33 darf es nicht geben! (Siehe auch Kommentar auf Seite 2 und Artikel S. 9).



Im KZ. Szene aus dem Film „Holocaust"

Kommentar

15 Millionen Menschen haben in der vergangenen Woche die Fernsehserie „Holocaust" gesehen. Die Bilder des Grauens, die Bilder von Vernichtungslagern, Gaskammern und Massenexekutionen haben die Zuschauer erschüttert und betroffen gemacht. Sie haben überall in unserem Land bewegte Diskussionen über das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte ausgelöst. Sie haben drängende Fragen aufgeworfen.

Wie konnte es zu Auschwitz und Treblinka kommen? Wer trägt die Schuld? Wie kann ein Kommunisten und Juden hetzen. Der NPD wird von den Gerichten die Verfassungstreue bescheinigt. Aber da, wo sich Antifaschisten gegen den Terror der braunen Banden zur Wehr setzen, da wird der Bonner Staat aktiv — mit Polizeiknüppeln und mit Gerichtsverfahren gegen antifaschistische Demonstranten.

Es sind nicht nur solche Tatsachen, die unter den Werktätigen unseres Landes zunehmende Besorgnis hervorrufen. Erinnerungen an die dunkle Zeit des Nazi-Faschismus wer-

Ein neues '33 darf es nicht geben!

neues '33 verhindert werden? Heute, mehr als drei Jahrzehnte nach der Zerschlagung des Faschismus, sind solche Fragen aktueller denn je. Wie steht es denn etwa um die Schuldigen für das Massenmorden und ihre Bestrafung? Eine Handvoll von Nazi-Verbrechern ist nach dem Krieg gerichtet worden oder hat sich durch Selbstmord der gerechten Strafe entzogen. Aber die anderen? Denken wir doch nur an den „Fall Filbinger", der im vergangenen Jahr zu Massenprotesten führte. Da konnte einer, der als Richter in Hitlers Diensten die Exekutierung junger Soldaten befahl, Ministerpräsident werden. Und das war und ist nur eines von vielen Beispielen für ähnliche Karrieren im Bonner Staat.

Vor Gericht gestellt wurden nur ein paar tausend niedere Schergen der Nazi-Diktatur. Und auch für sie endete das Verfahren oft genug mit dem Freispruch. Jetzt wird in Bonn über die Verjährung diskutiert. Jetzt sollen im Bundestag die Weichen dafür gestellt werden, daß mit dem Beginn des nächsten Jahres kein einziger Nazi-Verbrecher mehr verfolgt wird. Dann könnten sie aus ihren Löchern kriechen, all die KZ-Henker und Gestapo-Mörder, die sich bislang verborgen gehalten haben, und sich dreist ihrer Verbrechen rühmen. Eine für jeden Antifaschisten und Demokraten unerträgliche Vorstellung.

Aber es sind nicht nur die Mörder von einst, die in diesem Staat Bewegungsfreiheit genießen oder gar Karriere machen. Als im Fernsehen in der vorletzten Woche eine Vorbereitungssendung zu „Holocaust" lief, bombten Neofaschisten einen Sendemast außer Betrieb. Das war nur der vorläufige Höhepunkt des terroristischen Treibens dieser Banden, die sich unter den Augen der Polizei bewaffnen können, die ungehindert von den Behörden dieses Staates ihre faschistischen Parolen verbreiten können, in denen sie unverhüllt zum Mord an den auch wach angesichts des verstärkten Abbaus demokratischer Rechte, den der Bonner Staat betreibt. Da werden Tausende Arbeiter, Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes zu „Verfassungsfeinden" erklärt und mit dem Berufsverbot belegt — unter der Berufung auf Gesetze aus der Nazi-Zeit. Da greifen die Kapitalisten immer offener das Streikrecht der Arbeiter an, indem sie ihre brutale Aussperrung gegen Zehntausende verhängen. Da wird ein riesiger Überwachungs- und Spitzelapparat aufgebaut, wird die Polizei mit immer schwereren Waffen zur Unterdrückung von Massenkämpfen ausgerüstet. Das neue „Todesschußgesetz", das den Todesschützen der Polizei die letzten gesetzlichen Hindernisse aus dem Weg räumt und den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten gegen Massenansammlungen vorsieht, ist ein besonders alarmierendes Beispiel dieser Entwicklung.

Bonn nimmt Kurs auf ein neues '33. Die Herren dieses Landes, die Monopolkapitalisten, rüsten sich für die kommenden Klassenschlachten. Sie haben vor mehr als vier Jahrzehnten den Hitler-Faschismus an die Macht gebracht. Sie werden nicht zögern, auch ein zweites Mal ihre blutige faschistische Diktatur über unser Volk zu errichten. Solange ihre Herrschaft nicht gebrochen ist, ist auch die Gefahr des Faschismus nicht endgültig gebannt. An uns ist es, dieser Gefahr in aller Entschlossenheit entgegenzutreten und Reaktion und Faschismus an allen Fronten zu bekämpfen.

Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen! Verbot aller faschistischen Organisationen!

Weg mit den Berufsverboten!

Verbot der Aussperrung in allen Formen!

Weg mit dem Todesschußgesetz!

Gegen Reaktion und Faschismus — für Freiheit und Demokratie!

Aus dem Inhalt

Steinkühler und die Logik .. 4
Tarifabschluß in der Metallindustrie: Kapitalisten sehr zufrieden 4
Wählt klassenkämpferische Vertrauensleute! 4
Jahreswirtschaftsbericht: wachsende Arbeitslosigkeit vorprogrammiert 5
Neutronenbombe im Ballungsgebiet Erlangen/Nürnberg? 6
Neuer Prozeß gegen den „Roten Morgen" 7
Aufruf: Gegen Reaktion und Faschismus 7
46 Jahre danach: Todesschußgesetz 7
Volkskorrespondenzen..... 8
Papst in Mexiko 10
Blutbad in Teheran 10
Grußadressen zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Schwarze Listen in der Bundesrepublik

„Meldedienst" und „Kommunekartei"

Bereits im Sommer sind sogenannte „Schwarze Bände" bekannt geworden, mittels derer der Grenzverkehr beschnüffelt worden war. Inzwischen sind nun weitere Überwachungseinrichtungen gegen revolutionäre und oppositionelle Menschen „entdeckt" worden. Es handelt sich um zwei der Öffentlichkeit bislang unbekannte Polizeidateien im Bundeskriminalamt (BKA) mit insgesamt rund 4.800 erfaßten Personen.

In der sogenannten Kommunenkartei wurden 1.000 Wohngemeinschaften mit 4.000 Personen erfaßt. Die Kartei wurde 1973 von der Abteilung Staatsschutz im BKA errichtet, mit der Begründung, gesuchte Terroristen fänden vor allem in Kommunen Unterschlupf. Schon bei kleinsten Anlässen wurden Wohngemeinschaften erfaßt. So reichte zum Beispiel schon die Anfrage eines besorgten Ortspolizisten nach unbekannten jungen Leuten, die gemeinsam ein Haus bezogen hatten, aus, um in die Kommunekartei aufgenommen zu werden — obwohl gegen die Personen nichts vorlag. Nach den — durchaus unglaubwürdigen — Angaben aus dem Innenministerium ist diese Kartei mittlerweile vernichtet worden.

Die zweite Datei ist der sogenannte „Meldedienst über gewalttätige Störer". Er wurde im Juni 1977 eingerichtet. Er erfaßt „Personen, die an der Vorbereitung oder Durchführung von gewalttätigen Demonstrationen, insbesondere gegen den Bau oder Betrieb von Kernkraftwerken, beteiligt oder dieser Handlungen dringend verdächtig sind". Außer den Personalien wurden Angaben über die Kraftfahrzeuge der Betroffenen, ihre mögliche Organisationszugehörigkeit und frühere Beteiligungen an „einschlägigen Handlungen" registriert. In dem „Meldedienst" sind 800 Personen erfaßt.

Der Beschluß zur Einrichtung des „Meldedienstes" wurde von einer AG (Arbeitsgemeinschaft) Kripo gefaßt. Dieser AG gehören die Chefs aller Landeskriminalämter und der Chef des Bundeskriminalamtes an. Ein Gremium von Polizeiführern also hat damit Entscheidungen getroffen, die weit in die Persönlichkeitsrechte der Bürger eingreifen.

Der „liberale" Bundesinnenminister Baum hat sich verbal geringfügig von diesen Polizeianmaßungen distanziert: Künftig — sagte er — sollen ähnlich weitgreifende Maßnahmen nur noch von der Konferenz der Innenminister beschlossen werden können. Faktisch aber rechtfertigt und deckt Baum das Treiben der Polizeiführer. Die Demonstrantenkartei bleibt mit seiner Genehmigung zunächst weiter bestehen. Und die AG Kripo macht weiter ihre Politik: Am 5. Februar tritt sie erneut zusammen, um — wie es heißt — durch eine andere, rechtlich verbindlichere Definition „den erfaßten Personenkreis einzuengen".

Der Weg der Bundesrepublik in den Polizeistaat ist nicht nur an der Verschärfung der entsprechenden Gesetze, am Ausbau des Polizei- und Bürgerkriegsapparats seitens der Regierungsverantwortlichen erkennbar. Er zeigt sich auch am Ausbau selbständiger polizeilicher Machtgremien wie der AG Kripo, die außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle stehen. Er zeigt sich an dem politischen Machtzuwachs der Führung der Polizei.

Glaubt man dem Innenminister Baum, so ist er von der „Entdeckung" der Parteien völlig überrascht worden. Doch bereits Anfang August 1978 hat Herold, der Chef des BKA, in einem Interview folgendes gesagt: „Immer, wenn eine polizeiliche Großlage zu erwarten war, mit gewalttätigen Demonstrationen wie in Grohnde, Brokdorf oder Kalkar, sollten nach einem Plan, der dann doch nicht verwirklicht wurde, diejenigen in den Computer eingegeben werden, die bereits wegen Landfriedensbruch bei solchen Demonstrationen rechtskräftig verurteilt worden sind. Damit wollte man der kontrollierenden Polizei im Vorfeld solcher Ereignisse die Möglichkeit geben, unter der Masse der friedlichen Demonstranten die wirklich gefährlichen herauszufinden..." — Der Plan, von dem Herold spricht und der angeblich nicht verwirklicht wurde, deckt sich genau mit dem nun entdeckten „Meldedienst". — Und Baum soll davon nicht gewußt haben? — „Daß dies nur ein Plan gewesen sein soll" — schrieben wir damals im „Roten Morgen" (32/78) — „ist nichts als ein Ablenkungsmanöver. Tatsache ist, daß die Personalien von Leuten, die zur Demonstration gegen das Atomkraftwerk Kalkar am 24. September fuhren, in den Computern des Bundeskriminalamtes eingefüttert wurden."



Grohnde-Demonstranten — in den Karteien der Polizei

MBB: Waffenlieferung an Chile

Wie der „Stern" enthüllte, ist das faschistische Mordregime Pinochet in Chile vom westdeutschen Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) mit Waffen beliefert worden. Nachgewiesen wurde eine Sendung von Panzerabwehrraketen vom Typ „Mamba". Das Geschäft wurde im Sommer 1977 getätigt. Der Transport geschah unter äußerster Geheimhaltung. Der Konzern, dessen Umsatz zu 70 Prozent durch Staatsaufträge bestritten wird, findet nichts Bedenkliches in der Unterstützung der chilenischen Faschisten. Die Firma — so ein Sprecher — habe sich „völlig korrekt verhalten".

Frankfurter Buchläden durchsucht

Am vergangenen Mittwoch nachmittag wurden in Frankfurt die Redaktion und Druckerei der Sponti-Zeitung „Pflasterstrand" von Kriminal- und Schutzpolizisten sowie 17 Buchläden und Kioske durchsucht. Betroffen waren unter anderem die Verkaufsstelle des Verlags 2001, der Frauenbuchladen, die Karl-Marx-Buchhandlung und der „Jugend- und Umweltladen" der Naturfreunde Frankfurt.

Die Durchsuchungen geschahen angeblich wegen des Abdrucks eines Artikels der sogenannten Revolutionären Zellen in der Zeitung „Pflasterstrand". Daß es sich hierbei nur um einen Vorwand handelte, zeigte sich schon daran, daß bei den Durchsuchungen nicht nur die betreffende Zeitung beschlagnahmt wurde. Im „Jugend- und Umweltladen" zum Beispiel konfiszierten die Polizisten auch eine Dokumentation zur Besetzung des Frankfurter dpa-Büros, eine Ausgabe der Zeitschrift „Umwelt akut", eine Dokumentation zum Grohnde-Prozeß und eine Broschüre mit dem Titel „Mehr Demokratie überhaupt".

Die Durchsuchungen stellen eine schwere Einschüchterungsmaßnahme gegen solche Buchläden dar, die andere als rein bürgerliche und systemkonforme Literatur vertreiben. Dies umso mehr, als den Betroffenen auch Ermittlungsverfahren wegen Paragraph 129a, Abs. 1, Nr. 3 drohen: „Werbung für eine terroristische Vereinigung". Auf diesen „Straftatbestand" steht eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

Steigende Verschuldung und Rekordaufrüstung

Fortsetzung von Seite 1

Darunter allein 33 Milliarden Mark, mit denen die Zinsen für die Verschuldung bezahlt werden müssen. Dieser Schuldenberg ist eine zusätzliche Bedrohung für die werktätigen Massen, kann er doch nur durch erneute Steuererhöhungen abgetragen werden.

Und so hat auch schon Bundesfinanzminister Matthöfer angekündigt, daß es keine Steuererleichterungen geben werde. Wenn die CDU/CSU jetzt ihre Forderung nach Abtragung des Schuldenberges erhebt, so will sie sich damit als „Partei des kleinen Mannes" hinstellen. In Wirklichkeit steckt dahinter die verlogenste Demagogie. Denn was soll nach Ansicht der Kohl/Strauß-Partei gekürzt werden? Natürlich die Sozialausgaben!

Einig sind sich Regierung und „Opposition" darin, die Rüstungsausgaben noch weiter hochzutreiben. Wobei die CDU/CSU noch höhere Ausgaben forderte, als in den Plänen der Regierung vorgesehen ist. Dabei ist der Rüstungshaushalt ohnehin schon der größte Posten im gesamten Etat. Zwar wird er offiziell „nur" mit 36,7 Milliarden Mark ausgewiesen, aber in vielen anderen Posten sind versteckte Ausgaben für die verstärkte Aufrüstung enthalten. So plauderte der Ministerialrat in der Haushaltsabteilung des Kriegsministeriums, Alf Fischer, aus, daß „alle für den Bedarf der Streitkräfte geleisteten Ausgaben" einen Betrag von 56,1 Milliarden Mark erreichen. **Das ist über ein Viertel des ganzen Bundeshaushalts!**

Natürlich wird in alter Weise mit dem angeblich so hohen Etat für Arbeit und Soziales geprahlt, der diesmal 46,5 Milliarden Mark betragen soll. Man darf sich über die Höhe dieser Ausgaben keinen Sand in die Augen streuen lassen. Der größte Teil dieses Betrags ist den Beiträgen des Staates für die Sozialversicherung vorbehalten. Nur ein geringer Teil steht wirklichen sozialen Leistungen zur Verfügung. Ähnlich steht es mit dem Posten für Jugend, Familie und Gesundheit. Etwa 95 Prozent dieses Etats ist für die Zahlung des Kindergeldes da, nur ein verschwindend kleiner Rest bleibt für die so dringenden Aufgaben in diesem Bereich übrig.

Es ist auch kein Wunder, daß die Sozialausgaben genauso wie die Ausgaben für Ernährung, das Verkehrssystem, den Städtebau und die Bildung in dem dem Bundestag vorliegenden Plan gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Bundesregierung noch weiter gekürzt worden sind. Erhöht worden sind auf ihre Kosten die Ausgaben für Inneres, Justiz und „Verteidigung". So sollen für den staatlichen Unterdrückungsapparat (ohne Bundeswehr) in diesem Jahr 3,7 Milliarden Mark ausgegeben werden, rund 12 Prozent mehr als 1978! Allein die Ausgaben für das Bundeskriminalamt sind um 23,5 Prozent auf 247 Millionen Mark gestiegen.

In seinem Redebeitrag kündigte Finanzminister Matthöfer an, daß der Bund sich auch weiterhin an staatlichen Programmen zur Überwindung von Strukturkrisen beteiligen werde. Mit anderen Worten: Die den Werktätigen abgepreßten Gelder sollen weiterhin in Form fetter Prämien in die Taschen der Monopole fließen. Die Ausgaben für die Schaffung neuer Arbeitsplätze dagegen sollen um 22 Millionen Mark und die Ausgaben für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten sollen um 30 Millionen Mark gekürzt werden. Eindeutig bezeichnete Matthöfer als das Ziel seiner Finanzpolitik, die „Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft" zu erhalten und zu verbessern. Insgesamt bringt dieser Haushalt für die Monopole horrende Staatsaufträge und fette Prämien, für die Werktätigen Hochrüstung, Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats und Abbau der sozialen Leistungen!



Demonstration in Bielefeld

25.000 Schüler auf der Straße

NRW: Am 1. 2. soll die Allgemeine Schulordnung (AScho) in Kraft treten

„Sofortige Rücknahme der AScho!" mit dieser Forderung zogen am 25. Januar rund 25.000 Schüler in 18 Städten Nordrhein-Westfalens auf die Straße. Überall wurde der Ruf nach Rücktritt des verantwortlichen Ministers Girgensohn laut. In Castrop führten rund 100 Schüler in der Innenstadt einen mehrstündigen Sitzstreik durch, in Essen waren einige Schüler in den Hungerstreik getreten, an verschiedenen Schulen wurden Streiks durchgeführt. Die Bezirksschülersprecherin Anne Haage für Herne und Bochum sagte auf der Abschlußkundgebung: „Man will, daß Duckmäuserei und Friedhofsstille den Schulalltag bestimmen. Die Allgemeine Schulordnung muß abgeschafft werden!"

Die AScho soll das Ordnungsrecht an den Schulen verschärfen. Mit Strafarbeiten, Unterrichtsausschluß, Androhung des Rausschmisses und schließlich dem Rausschmiß selber soll den Schülern von vorneherein der Mut zum Kampf genommen werden. Schülerzeitungen müssen vor der Veröffentlichung dem Schulleiter zur Genehmigung vorgelegt werden. Durch eine neue Oberstufen„reform" wird die Kurswahl erheblich eingeschränkt und der Leistungsdruck ungeheuer verschärft. Klar, daß gerade durch diese letzte Maßnahme der Widerstand der Schüler wachsen und daß gerade deshalb das Ordnungsrecht den neuen Erfordernissen angepaßt wird.

Im Sommer letzten Jahres kam die AScho als Referentenentwurf an die Öffentlichkeit und sollte am 1. 8. 78 in Kraft treten. Aber bereits am 10. 6. 78 waren in Gütersloh 700 Schüler auf der Straße mit Parolen wie **„Strafarbeiten gibt's bald wieder, darum mit der AScho nieder!"** und **„AScho weg, Schüler sind kein Dreck!"**

Verschiedene Rechtsverordnungen, die schon vorher in Kraft getreten sind, stießen zum Beispiel in Oberhausen und Bielefeld auf massiven Widerstand.

Insgesamt war die Front der Ablehnung so stark, daß der Entwurf sang- und klanglos in der Versenkung verschwand und jetzt — nach einigen kosmetischen Veränderungen, die aber den Kern des Gesetzes nicht berühren — am 1. 2. in Kraft treten soll.

Wer sich näher mit der AScho befassen will, dem empfehlen wir folgenden Artikel: „Weg mit den Maulkorbgesetzen", erschienen im Jugendmagazin der Roten Garde, „Roter Rebell", Nr. 3/1978.

Anläßlich der letzten Kampfmaßnahmen, die ein vorläufiger Höhepunkt im Kampf gegen die AScho sind, erließ Minister Girgensohn ein allgemeines Demonstrationsverbot, dem sich einige Schulleiter anschlossen und durch verschiedene Mittel versuchten durchzusetzen. Doch die massenhafte Beteiligung zeigt, daß die Schüler sich über diese reaktionären Maßnahmen hinwegsetzten.

An der Bochumer Gesamtschule beschloß die Vollversammlung, gegen das Verbot des Direktors den Unterricht zu bestreiken und an der Demonstration teilzunehmen.

In Bielefeld drohten verschiedene Schulleiter mit Repressalien, drei Schülervertretern wurde der Verweis von der Schule angedroht, weil sie angeblich das Klima vergiftet hätten. Trotzdem gingen allein in Bielefeld über 3.000 auf die Straße. Die Demonstration dauerte gut zwei Stunden und war sehr kämpferisch (siehe Foto).

Ein Schulleiter in Bochum versuchte es auf die listige Tour und verordnete seiner Schule just am 25. 1. einen „Schulwandertag ins Sauerland". Selbstverständlich wanderten die Schüler an diesem Tag nicht ins Sauerland, sondern in die Bochumer Innenstadt.

Der Jugendverband der Partei, die Rote Garde, mischte in diesen Kämpfen kräftig mit und initiierte sie teilweise. Die Genossen der Roten Garde beteiligten sich mit eigenen Transparenten an verschiedenen Demonstrationen, klärten die Mitschüler durch Flugblätter und Diskussionen über die reaktionäre AScho auf und mobilierte sie zum Kampf.

Weg mit den Maulkorbgesetzen! Für eine freie, unzensierte Schülerpresse! Die AScho muß fallen!

Krankenhaus Neukölln

Personal macht Flugblattaktion

Alle Bemühungen des Personals des Westberliner Krankenhauses Neukölln, mehr Planstellen zu bekommen und den Bettenabbau zu verhindern, waren bisher gescheitert. Mit einer Flugblattaktion machte nun das Personal die Öffentlichkeit auf die ständig sich verschlechternde Situation an diesem Krankenhaus aufmerksam. Das Flugblatt enthielt eine Resolution, die auf der Personalversammlung am 12. 12. 1978 beschlossen worden war. Darin hieß es:

„Die Personalsituation in unserem Haus wird immer bedrohlicher. Obwohl die medizinischen Leistungen enorm gestiegen sind, sind die Stellenpläne gleich geblieben, die enorme Arbeitsanspannung führt gehäuft zu Krankheiten und frühem Ausscheiden aus dem Berufsleben. Wegen Personalmangels mußte im Sommer die Säuglingsstation des Kinderkrankenhauses für drei Monate geschlossen werden, die Schließung zweier internistischer Stationen stand kurz bevor. Oft genug können die Patienten nicht mehr ordentlich gepflegt werden, da das Personal dafür nicht vorhanden ist. In der ohnehin knappen Zeit ist ein Teil des Pflegepersonals mit dem Transport von Patienten zu Untersuchungen beschäftigt, da der Stellenplan für die Transportpfleger für die steigenden Anforderungen unzureichend ist.

Pflege kranker Menschen wird so zu Patientenaufbewahrung! Es kommt zu Liegeschäden bei alten Menschen, Pflegeschäden bei Kindern. Jede Form der menschlichen Zuwendung muß aus Zeit- und Personalmangel unterbleiben, so führt oft genug der Krankenhausaufenthalt zu einer Verschlechterung des Leidens. (. . .)

Besonders krass ist der Personalmangel bei dem Reinigungspersonal und Stationshilfen. Die Krankheitsfälle, die durch Überbelastung bedingt sind, steigen ständig. So ist im Mariendorfer Weg der neue OP mit der gleichen Zahl von Reinigungskräften besetzt, obwohl die Putzfläche fast doppelt so groß ist wie im Altbau. Von Hygiene im Krankenhaus ist so keine Rede mehr, das Pflegepersonal ist mit zusätzlichen Küchenarbeiten belastet.

Die geplanten Bettenstreichungen in Neukölln, die internistische, chirurgische und orthopädische Betten betreffen, sollen 1983 verwirklicht werden. Bereits jetzt kann unser Krankenhaus die medizinische Versorgung der Neuköllner Bevölkerung nicht sicherstellen. Nahezu täglich werden Patienten aus der chirurgischen Rettungsstelle wegen Bettenmangels in andere Krankenhäuser weitergeleitet, auf zahlreichen Stationen stehen Überbetten, die auch ständig belegt sind. Eine weitere Bettenstreichung wird eine katastrophale Situation heraufbeschwören. (. . .)

Die vom Senat angestrebte Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser ist die Ursache für die Bettenstreichungen, die unzureichenden Stellenpläne und die enorm verkürzte Liegezeit. Aber Gesundheit und Krankheit lassen sich nicht mit Gewinn und Verlust aufrechnen. (. . .) Geht diese Entwicklung der Sparpolitik weiter, so stehen Ärzte und Pflegepersonal eines Tages vor der konkreten Frage bei jedem einzelnen Patienten, ob es ‚kostenwirtschaftlich vertretbar' ist, ihn überhaupt noch zu behandeln."

In der Resolution wurde unter anderem gefordert: Keine Bettenstreichungen! Zulassung der Überbetten als Normalbetten! Erhöhung der Stellenschlüssel! Sofortige Einstellung von mehr Personal! Anrechnung der Arbeitszeitverkürzung und der Urlaubsverlängerung auf den Stellenschlüssel!

Krankenhaus-Neukölln

- - - -

Das Personal infomiert:

Seit Jahren verschlechtert sich die Situation am Krankenhaus Neukölln ständig. Nachdem alle Bemühungen des Personals, mehr Personalstellen zu bekommen und den Bettenabbau zu verhindern gescheitert sind, wenden wir uns jetzt an die Öffentlichkeit.
Die Personalversammlung am 12.12.78 hat das folgende Flugblatt als Resolution beschloßen:
Die Personalsituation in unserem Haus wird immer bedrohlicher. Obwohl die medizinischen Leistungen enorm gestiegen sind, sind die ...



Das Krankenhauspersonal informiert die Bevölkerung über die Personalsituation im Krankenhaus.

Die Folgen der Rationalisierung am Klinikum Essen

Herzchirurgie dichtgemacht — Patient mußte sterben

Ein ungeheurer Skandal: Jährlich sterben 130.000 Menschen an Herz- und Kreislaufleiden, und das Klinikum, dessen Chefarzt Prof. Dr. Reidemeister (45) eine internationale Kapazität auf dem Gebiet der Herzchirurgie ist, stoppt die Herzoperationen! 500 Patienten warten darauf, daß im Essener Klinikum die lebensrettende Herzoperation durchgeführt wird. Prof. Dr. Reidemeister: „Wir haben 18 Notfälle, die wir sofort behandeln müssen. Eine Patientin, die dringend auf den Operationstisch gehört hätte, ist sozusagen vor der Tür gestorben, die Situation ist katastrophal!"

Die Herzchirurgie wurde dichtgemacht, weil in der Intensivpflege 20 der 45 Schwesternstellen unbesetzt sind. Die lebenswichtige Pflege nach der Operation ist nicht mehr gewährleistet. Und das alles in einer Situation, wo die verantwortlichen Stellen von Bettenberg und Ärzteschwemme reden.

In der WAZ vom 18. 1. wurde zum Thema „Ärzteschwemme" ein Leserbrief eines Essener Krankenpflegers veröffentlicht: *„Wer wie der Gesundheitsminister ‚Bettenberg' sagt, muß auch ‚Ärzteschwemme' sagen; das ist logisch. Eingeschobene Betten in überfüllten Zimmern, Personalknappheit und überlastete Ärzte — von der vielzitierten Humanität im Krankenhaus ist kaum noch eine Spur. Bleibt nur noch, auf das Märchen vom Patientenschwund zu warten."*

Ein Krankenhaus im Kapitalismus wird wie jedes andere Unternehmen nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit geführt. Auch hier wird wie in jedem anderen Betrieb rationalisiert, werden Kosten eingespart. Jede Schwester und jeder Krankenpfleger kann ein Lied davon singen, daß mit Medikamenten und anderen Dingen, die zur Pflege der Patienten gebraucht werden, nur noch widerwillig herausgerückt wird, daß ganze Abteilungen, ja ganze Krankenhäuser geschlossen werden, weil sie nicht mehr wirtschaftlich arbeiten. Im Klinikum ist vor einem dreiviertel Jahr eine Pausenregelung eingeführt worden, die faktisch eine halbe Stunde mehr pro Schicht bei gleichem Lohn bedeutet. Im Monat ist das mehr als eine unbezahlte Sonderschicht.

Die Krankenhausverwaltung, die jetzt ebenfalls über Personalknappheit jammert, hat aus der dem Klinikum angeschlossenen Krankenpflegeschule eine examinierte Schwester nicht übernommen, die dann anstandslos an einem anderen Krankenhaus unterkam.

Die Arbeit in der Intensivpflege gehört zu den anstrengensten im Krankenhausbereich, wird aber genauso bezahlt wie jede andere (laut WAZ zwischen 1.334 und 1.937 DM **brutto**).

Genau das sind die Hintergründe des Todesfalles am Klinikum. **Die Personalknappheit ist nicht auf einmal vom Himmel gefallen, sondern ist Ergebnis der verschärften Rationalisierung auch im Gesundheitsbereich, ist Ergebnis der gesteigerten Arbeitshetze und gesteigerten Ausbeutung des Pflegepersonals.**

Dieser im wahrsten Sinne des Wortes lebensbedrohlichen Politik muß unbedingt entgegengetreten werden; im Interesse des Pflegepersonals, das vernünftige Arbeitsbedingungen für seine verantwortungsvolle und aufopferungsvolle Tätigkeit braucht (angemessene Pausen, angemessene Bezahlung, angemessener Stellenplan) und nicht zuletzt im Interesse der Patienten und der Gesundheit der gesamten Bevölkerung.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Tarifabschluß in der Metallindustrie

Kapitalisten sehr zufrieden

Kaum war der Hessen-Abschluß unter Dach und Fach, zogen Kapitalisten und IGM-Führer in Baden-Württemberg, Westberlin und Nordrhein-Westfalen nach. Im Eilmarsch peitscht man in diesem Jahr die Metalltarifrunde durch.

Und das, wo es doch nicht nur um Löhne und Gehälter, sondern auch um neue Manteltarife geht. Was die Gewerkschaftsbonzen da ausgehandelt haben, ist ein böser Schlag gegen die Interessen der Metaller. Mehr noch: Sie sind der gewerkschaftlichen Bewegung, der Front der Arbeiterklasse gegen die Rationalisierungs- und Arbeitsplatz - Vernichtungsfeldzüge insgesamt in den Rücken gefallen.

- Für fünf Jahre (bis Ende '83) wurde die 40-Stunden-Woche festgeschrieben. Das ist der übelste und schwerwiegendste Verrat der IGM-Führer im Rahmen dieses Tarifabschlusses. Den Kapitalisten wird grünes Licht gegeben für eine hemmungslose Arbeitsplatzvernichtung, für brutale Entlassungsfeldzüge. Das bedeutet eine Weichenstellung auf das weitere Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren. Die DGB-Bonzen sabotieren hier offen den Kampf für die 35-Stunden-Woche.
- Erhöhung von Lohn und Gehalt um nur 4,3 Prozent bei einer Laufzeit von 13 Monaten. Umgerechnet auf ein Jahr sind das nicht einmal 4 Prozent. In Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten und der Lohnsteuerprogression bedeutet dies für die Arbeiter und kleinen Angestellten, daß ihre Reallöhne sinken.
- Die Hungerlohngruppen 1 und 2 sind wieder nicht gefallen. Daß diese Lohngruppen immer noch existieren und die Kapitalisten damit weiterhin die Möglichkeit haben, Kolleginnen und Kollegen auf tariflicher Basis für eine Bezahlung arbeiten zu lassen, die noch unter dem Sozialhilfesatz liegt, ist eine Schande für die deutsche Gewerkschaftsbewegung!

Die IGM-Bonzen versuchen dadurch, über ihren Verrat hinwegzutäuschen, daß sie die stufenweise Anhebung des Urlaubs auf 30 Tage für alle als großen Erfolg hinstellen. Damit sei ein jahrzehntelanges Ziel der IG Metall erfüllt, betonen die Bonzen.

Sicher — die Urlaubsregelung ist ein Zugeständnis der Kapitalisten, das den Metallern einen gewissen Fortschritt bringt. Aber bei nüchterner Betrachtung erweist sich das Gerede vom großartigen Erfolg als dicke Übertreibung.

Die Kollegen ab 18 Jahren erhalten in diesem Jahr 3 Tage mehr Urlaub und dann bis 1982 jedes Jahr 2 Tage zusätzlich. Damit sind sie bis 1982, also in drei Jahren, auf 30 Tagen angelangt. Die Kollegen ab 25 Jahren erhalten in diesem Jahr 2 Tage, im nächsten und übernächsten Jahr ebenfalls jeweils 2 Tage mehr, womit sie dann bis dahin (1981) auf 30 Tage kommen. Die Kollegen ab 30 Jahren erhalten in diesem, im nächsten und übernächsten Jahr je 1 Tag mehr. Das heißt, daß sie bis 1981 die 30 Tage erreichen. Für diese Kollegen, die das Gros der Beschäftigten in der Metallindustrie ausmachen, bringt die neue Urlaubsregelung bis 1981 ganze 3 Urlaubstage mehr — jedes Jahr 1 Tag.

Man kann also durchaus sagen: Die Kapitalisten sind mit dieser Urlaubsregelung noch relativ billig davongekommen. Auf der anderen Seite sind 30 Arbeitstage Urlaub unter den heutigen Bedingungen alles andere als ein Luxus. Sie sind zur Regenerierung der Arbeitskraft einfach notwendig. Es gibt überhaupt keine Berechtigung dafür, die Verlängerung des Urlaubs gegen die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit oder gegen die Erhöhung der Löhne und Gehälter auszuspielen.

Durch die Verlängerung des Urlaubs wird die Arbeitsplatzvernichtung nicht gebremst. Genauso wenig kann sie das Sinken der Reallöhne rechtfertigen. Die Kollegen brauchen eine echte Lohnerhöhung, weil die Lebenshaltung sich immer mehr verteuert. Sie brauchen die 35-Stunden-Woche, damit die Arbeitsplätze sicherer werden. Und sie brauchen außerdem auch mehr Urlaub, um den verschärften Leistungsdruck, den wachsenden Verschleiß ihrer Arbeitskraft ausgleichen zu können.

Wer das eine gegen das andere ausspielt, stellt sich auf den Standpunkt der Kapitalisten. Er unterstützt die Verschärfung der Ausbeutung und fällt dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage in den Rücken. Genau das tun die DGB-Bonzen.



Auf dem letzten DGB-Kongreß stimmte eine knappe Mehrheit der Delegierten für die 35-Stunden-Woche als gewerkschaftliches Kampfziel. In der Praxis aber sabotieren die DGB-Bonzen die Durchsetzung dieser Forderung.

Steinkühler und die Logik

Steinkühler nannte den Tarifabschluß in der metallverarbeitenden Industrie „gerade noch erträglich". Gleichzeitig behauptete er, mehr sei nicht zu holen gewesen. Das Kräfteverhältnis sei eben dementsprechend gewesen. Die „Arbeitgeber" hätten „diesmal ihre Macht voll ausgespielt". Gesamtmetall-Vizechef Knapp hätte dies „gleich zu Beginn der dritten Verhandlung offen wie nie zuvor zugegeben, als er klarstellte, was die Arbeitgeber bisher leugneten: ‚Tarifpolitik hat nichts mit Logik zu tun'".

Eine andere Frage ist es allerdings, was Steinkühlers Argumentation eigentlich mit Logik zu tun hat. Wenn die Kapitalisten offen aussprechen, daß Tariffragen Machtfragen sind und nicht durch „logische Argumente" entschieden werden, so haben sie darin doch recht. Auch wenn es ihnen dabei darum geht, unverfroren und zynisch mit ihrer Macht, mit ihrem Aussperrungsterror zu drohen.

Steinkühler und Konsorten sind in diesem Punkt nicht so offen. Sie bemühen sich nach Kräften, in der Arbeiterschaft die trügerischen Illusionen von der Sozialpartnerschaft am Leben zu halten. Aber diese Illusionen zerbröckeln immer mehr. Die Massen der Arbeiter und kleinen Angestellten lassen sich durch diese Propaganda nicht mehr davon abhalten, mit den Kapitalisten in der einzigen Sprache zu sprechen, die sie wirklich verstehen: in der Sprache des Streiks, in der Sprache des unversöhnlichen Klassenkampfes.

Die Kapitalisten legen heute kein großes Gewicht mehr darauf, ihre ausbeuterische Natur, ihr skrupelloses Profitstreben und zynisches Machtdenken hinter frommen Sprüchen und sozialpartnerschaftlichem Getue zu verbergen. Ihre Methoden werden zusehends brutaler. In zunehmendem Maße versuchen sie, mit offener Unterdrückung und rücksichtslosem Ausspielen ihrer Macht als Herren über die Fabriken die Forderungen der Arbeiter niederzubügeln.

Das hat aber nichts mit einem geänderten Kräfteverhältnis bzw. einer Schwäche der Arbeiterklasse zu tun. Es zeigt nur, daß die Interessen der Arbeiterklasse und die des Kapitals sich unversöhnlich gegenüberstehen. Es zeigt, daß nur eines die Kapitalisten daran hindern kann, die Ausbeutung weiter zu verschärfen, die Reallöhne zu drücken und die Arbeitsplatzvernichtung voranzutreiben: nämlich der konsequente, der revolutionäre Kampf der Arbeiter für die Verteidigung ihrer Interessen.



Steinkühler in Bedrängnis

Der Macht der Millionäre müssen die Millionenmassen der Arbeiterklasse die Macht ihrer Solidarität und Kampfgeschlossenheit entgegenstellen. Steinkühler und Konsorten haben jedoch alles getan, um gerade dies zu verhindern. Sie haben es nicht einmal zu Warnstreiks kommen lassen. Wenn man den Tarifabschluß in der Metallindustrie schon auf das Problem der Kräfteverhältnisse zurückführen will, dann muß man es in diesem Sinne tun: Die Kraft der Metaller war gelähmt, war paralysiert. Und zwar dadurch, daß Agenten des Kapitals vom Schlage eines Steinkühler, Loderer, Gottschlich usw. in der Gewerkschaft die Zügel in der Hand halten. Das konnten sich die Kapitalisten wieder einmal zunutze machen.

Wählt klassenkämpferische Vertrauensleute!

Von Januar bis März finden in den Betrieben die Vertrauensleutewahlen statt. Das ist für die Arbeiterklasse eine sehr wichtige Angelegenheit. Die Kollegen betrachten den Vertrauensmann als ihren Sprecher. Sie sehen im Vertrauensmann ihren Interessenvertreter, sowohl gegenüber dem Meister, Abteilungsleiter oder Chef, als auch gegenüber den Bonzen, die die Politik der Gewerkschaftsführung im Gewerkschaftsapparat und oft auch im Betriebsrat vertreten.

Die Vertrauensleutekörper spielen in allen Kämpfen der Arbeiterklasse eine bedeutende Rolle. Der Arbeitskampf in der Stahlindustrie hat uns dies besonders klar vor Augen geführt. Schon die Tatsache, daß es überhaupt zur Urabstimmung gekommen ist und daß die Führung der IG Metall gezwungen war, grünes Licht für den Streik zu geben, ist nicht zuletzt den Vertrauensleuten zu verdanken. Die DGB-Bonzen, die Herren Loderer, Janßen und Herb, sind alles andere als konsequente Vertreter der Arbeiterinteressen. Ihnen liegen die Belange der Kapitalisten und deren Profitinteressen am Herzen, und nicht etwa die Verteidigung der Arbeitsplätze oder die Durchsetzung der Lohnforderungen der Kollegen.

Das Ideal der DGB-Bonzen ist es nicht, die Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse zu stärken und eine machtvolle Kampffront gegen die Angriffe der Kapitalisten zu schmieden. Diese Herren hätten es am liebsten, wenn es zu Streiks erst gar nicht kommen würde. Ihr eigentliches Ideal ist der sogenannte soziale Frieden. Auf gut deutsch heißt das: Die Arbeiter sollen sich willig und ergeben das Fell über die Ohren ziehen lassen.

Die Vertrauensleute aber sind Arbeiter oder kleine Angestellte wie du und ich. Sie stehen neben dir an der Maschine, am Fließband. Sie haben die gleichen Sorgen und Probleme. Die meisten Vertrauensleute haben diese Funktion nicht deshalb übernommen, weil sie sich davon einen persönlichen Vorteil versprechen, sondern weil sie sich für die Interessen der Kollegen einsetzen wollen und weil sie erkannt haben, daß dies ohne Organisation nur sehr schlecht möglich ist. Sie sehen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, weil ohne ihn die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten nicht verteidigt und eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse nicht durchgesetzt werden kann.

Hier liegt der Grund dafür, daß von den Vertrauensleutekörpern immer wieder und in wachsendem Maße ein starker Druck auf die Gewerkschaftsführung ausgeht, der es ihr erheblich erschwert, die Forderungen der Arbeiterklasse einfach niederzubügeln und jeden Kampf sofort abzuwürgen.

Der Stahlarbeiterstreik ist ein gutes Beispiel dafür. Durch Protestresolutionen gegen einen faulen Kompromiß, dadurch, daß sie in Mülheim der Großen Tarifkommission mehrfach aufs Dach gestiegen sind und überhaupt durch ihren vielfältigen Widerstand gegen die Streikbruchtaktik der IGM-Führung haben die aktivsten, kämpferischsten Streikposten für mehrere Wochen verhindern können, daß der Streik abgewürgt worden ist. Und nicht nur dadurch. Dieser harte Kern der Streikenden hat der ganzen Streikfront das feste Rückgrat gegeben: durch die Mobilisierung der Kollegen, durch den unermüdlichen Einsatz vor den Toren usw. Er hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Kampffront der Stahlwerker so fest zusammengeschweißt wurde.

Und wer war dieser harte Kern? Das waren zum allergrößten Teil klassenbewußte Vertrauensleute. In einigen Stahlwerken spielten sogar die Vertrauensleutekörper als Ganzes einschließlich der Vertrauensleuteleitungen eine positive Rolle in diesem Sinn, insbesondere bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen.

Wäre der Vertrauensleutekörper auch in allen anderen Stahlbetrieben so „auf Zack"

Fortsetzung auf Seite 5

Jetzt ran — für einen guten Vertrauensmann!



Wie ein Rad ins andere greift, muß der Vertrauensmann Hand in Hand mit seinen Kollegen zusammenarbeiten

(Übrigens — RGO-Kollegen sind dabei nicht selten 1. Wahl!)

Aus RGO-Nachrichten Nr. 1/1979

Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

Wie jedes Jahr um diese Zeit legte die Bundesregierung jetzt wieder ihren Jahreswirtschaftsbericht vor. Dieser Bericht soll die wirtschaftliche Entwicklung für das laufende Jahr in ihren Grundzügen darstellen, soweit sie im Rahmen der bürgerlichen Wirtschaftsforschung vorausgesehen werden kann. Zugleich aber legt dieser Bericht die Grundlinie fest, auf der Bonn die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung beeinflussen will. Der Bericht zeigt also, welchen Standpunkt die Regierung zu Problemen wie dem der Arbeitslosigkeit der Lohnauseinandersetzungen, der Verteuerung der Lebenshaltung usw. einnimmt.

Wachsende Arbeitslosigkeit vorprogrammiert!

Der Wirtschaftsbericht geht davon aus, daß das reale Bruttosozialprodukt (das heißt der Gesamtwert der erzeugten Güter) in diesem Jahr um 4 Prozent anwachsen wird. Die Zahl der Erwerbstätigen hingegen soll nur um 0,5 Prozent ansteigen.

Das bedeutet: Die Arbeiter und kleinen Angestellten werden verstärkt ausgebeutet, es wird ein höherer Mehrwert aus ihnen herausgepreßt. Dieser erhöhte Mehrwert soll nicht etwa denen zufließen, die ihn schaffen, z. B. durch höhere Reallöhne. Im Gegenteil: Der Wirtschaftsbericht sieht vor, daß das „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" um 9 bis 11 Prozent steigt, das „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit" dagegen nur um 6,5 Prozent.

Dabei muß man berücksichtigen, daß die hier in Anführungsstriche gesetzten Begriffe der bürgerlichen Wirtschaftsforschung so gehalten sind, daß sie in erheblichem Maße die wirkliche Einkommenskluft verdecken. Mit „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit" ist gemeint: die gesellschaftliche Gesamtsumme der Bruttolöhne und -gehälter (bis hinauf zu gut bezahlten höheren Angestellten). Unterm Strich laufen diese 6,5 Prozent auf eine Lohnleitlinie für die Arbeiter und kleinen Angestellten hinaus, die sich zwischen 3 und 4 Prozent bewegt. Das ist genau das, was die DGB-Führer in den bisher gelaufenen Tarifrunden (Stahl, Metall) den Kollegen aufs Auge gedrückt haben.

Wenn man jetzt die im Wirtschaftsbericht vorausgesagte Steigerung der Verbraucherpreise von 3 Prozent und zudem die Lohnsteuerprogression mit in Rechnung stellt, so ergibt sich schon aus diesen Zahlen, daß von einem Steigen der Reallöhne nicht die Rede sein kann. In der Realität bedeutet ein Lohnabschluß von zum Beispiel 4 Prozent sogar, daß die Reallöhne sinken. Denn erstens steigen die wirklichen Lebenshaltungskosten für die Werktätigen stärker als in der 3prozentigen Preissteigerungsrate der bürgerlichen Statistik zugegeben wird. Zweitens gibt es eine Reihe von Punkten, wo die Unternehmer die Effektivlöhne drücken (zum Beispiel Abgruppierungen, Streichungen außertariflicher Leistungen u. a.); und die werden von den Statistiken überhaupt nicht berücksichtigt.

Demgegenüber spielt die mit 9 bis 11 Prozent angegebene Steigerung des „Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" das wahre Ausmaß der Steigerung der Unternehmergewinne stark herunter. Das zeigt sich sofort, wenn man einige andere Zahlen heranzieht, die ebenfalls aus bürgerlichen Quellen kommen.

Beispielsweise wird in dem Gemeinschaftsgutachten der fünf großen bürgerlichen Konjunkturforschungsinstitute für das zweite Halbjahr 1978 eine Steigerung der Nettoeinkommen der Unternehmer von 13 Prozent festgestellt und für das erste Halbjahr 1979 mit einem weiteren Anstieg um 18 Prozent gerechnet. Nach den Angaben der Deutschen Bank sind die Dividenden der Aktionäre (einschließlich Steuergutschrift), die im letzten Jahr für das Geschäftsjahr 1977 ausgezahlt wurden, gegenüber dem Vorjahr um 37,5 Prozent gestiegen.

Dabei ist außerdem zu berücksichtigen, daß sich die Anzahl der Unternehmer ständig verringert (Konkurse, Konzentration des Kapitals). Ein immer kleinerer Kreis von Finanzmagnaten und Monopolherren reißt sich einen ständig wachsenden Anteil von den Gewinnen unter den Nagel, die in der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt gemacht werden. Ein weiterer Faktor, der hier ins Gewicht fällt, ist die riesige Masse an Subventionen, Steuerbegünstigungen und sonstiger Zuwendungen des Staates an die Kapitalisten, durch die sich die realen Profite zusätzlich gegenüber den statistisch ausgewiesenen vergrößern.

Hinter den von der Bundesregierung vorgelegten Zahlen über das Verhältnis der Lohn- und Gehaltsentwicklung zu den Gewinnsteigerungen der Kapitalisten verbirgt sich also faktisch Folgendes: Nutznießer des erhöhten Sozialprodukts sollen allein die Kapitalisten, vor allem die im Reichtum schwimmenden Monopolkapitalisten sein. Sie sollen sich noch hemmungsloser an der Arbeit der ausgebeuteten Massen bereichern. Es wird ihnen das Recht und die Möglichkeit zugebilligt, das werktätige Volk noch mehr auszuplündern. Diejenigen jedoch, die den ganzen gesellschaftlichen Reichtum schaffen, die Arbeiter und kleinen Angestellten, sollen ein Sinken ihrer Realeinkommen hinnehmen. Sie sollen sich den Gürtel enger schnallen.

Noch mehr Arbeitslose — Arbeitszeitverkürzung fast gleich Null

Wie schon eingangs erwähnt, steht in dem Wirtschaftsbericht einem Anwachsen des Sozialprodukts um 4 Prozent eine Vergrößerung der Zahl der Erwerbstätigen um nur 0,5 Prozent gegenüber. Es kommt hinzu, daß der Bericht eine Verkürzung der Arbeitszeit von nur 0,5 Prozent je Beschäftigtem vorsieht.

Im Klartext: Die Regierung ergreift auch hier unverhohlen Partei für die Kapitalisten und gegen die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung nach der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche wird einfach vom Tisch gewischt. Mehr noch: es wird regelrecht ein weiteres Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit ins Auge gefaßt.

Darüber kann der Bericht auch dadurch nicht hinwegtäuschen, daß er ein Sinken der Arbeitslosenquote von 4,4 auf 4 Prozent für 1979 angibt. Diese Zahlen sind doppelbödig. Sie beziehen sich auf die amtlich registrierte Anzahl der Arbeitslosen, nicht jedoch auf die wirkliche Arbeitslosigkeit. So hat zum Beispiel der Sachverständigenrat des Bonner Wirtschaftsministeriums („die 5 Weisen") geschätzt, daß 1978 die Dunkelziffer der nicht registrierten Arbeitslosen bereits bei 625.000 lag. Diese sicherlich noch stark untertriebene Dunkelziffer aber ist ständig im Wachsen.

Der berüchtigte Zumutbarkeitserlaß und die Verabschiedung des neuen Arbeitsförderungsgesetzes wird das Anwachsen der Anzahl der nicht-anspruchsberechtigten Arbeitslosen weiter beschleunigen. Damit aber wächst zugleich auch die Anzahl der nicht-registrierten Arbeitslosen. Es kommt hinzu, daß gegenwärtig die geburtenstarken Jahrgänge die Schulzeit beenden. Die Zahl derer, die dem Arbeitsmarkt zuströmen, übersteigt die Zahl derjenigen, die in Rente gehen oder schon vorher aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen.

Das heißt also: Wenn eine Zunahme der Erwerbstätigen um lediglich ein halbes Prozent in dem Wirtschaftsbericht festgelegt wird, bedeutet das nichts anderes, als daß die Regierung das Anwachsen der realen Massenarbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, bewußt vorprogrammiert. Dabei sei noch dahingestellt, ob sich die angekündigte 0,5prozentige Zunahme der Erwerbstätigen angesichts der Arbeitsplatzvernichtungsfeldzüge der Unternehmer nicht womöglich als Seifenblase entpuppt.

Dieser Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung erweist sich als ein Spiegel, ein trüber zwar, aus dem das Bild der verschärften Ausbeutung der arbeitenden Massen durch das Kapital hervorscheint, das Bild des wachsenden Gegensatzes zwischen zunehmender Armut der Millionen auf der einen Seite und unerhörter Bereicherung der Millionäre auf dem Gegenpol. Zugleich ist dieser Bericht ein konzentrierter Ausdrück der volksfeindlichen Wirtschaftspolitik dieser Regierung. Sicherung und Durchsetzung der Profitinteressen der Kapitalisten ohne jede Rücksicht auf die elementaren Lebensinteressen des arbeitenden Volkes — das ist der Kern dieser Politik.

Fortsetzung von Seite 4

gewesen wie bei Mannesmann-Huckingen, wer weiß wie dann der Kampf der Stahlarbeiter ausgegangen wäre? Jedenfalls wäre die Chance, trotz aller Sabotage und des Verrats der Loderer, Herb und Co. einen echten Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu erzwingen, weit größer gewesen.

Allerdings — über eines müssen wir uns im klaren sein: Kämpferische Vertrauensleute allein reichen noch nicht aus, um die Forderungen der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Solange die Gewerkschaftsbewegung von Agenten des Kapitals kontrolliert wird (und nichts anderes sind die DGB-Bonzen) und solange nicht mit der Politik der Sozialpartnerschaftskumpanei konsequent Schluß gemacht wird, wird es auch immer wieder vorkommen, daß die Arbeiter vom Kampf abgehalten oder durch Abwiegelei, Spaltungsmanöver und Verrat verschaukelt werden.

Es genügt nicht, daß ehrliche und kämpferische Gewerkschafter von Fall zu Fall gegen die Verrätereien der Gewerkschaftsführung rebellieren, also in zugespitzten Situationen. Es ist notwendig, eine fest organisierte, zielklare Opposition in den Gewerkschaften zu schaffen. Diese Opposition muß ihre Aufgabe darin sehen, die Einheit der Arbeiterklasse im unversöhnlichen Kampf Klasse gegen Klasse voranzutreiben. Sie muß gegen die DGB-Bonzen und ihre reaktionäre Politik der Klassenversöhnung einen unversöhnlichen Standpunkt beziehen.

Zum Beispiel müssen Vertrauensleute den Mut und den Rückhalt dafür haben, bewußt entgegen den Beschlüssen und Weisungen der DGB-Führung zu handeln, wenn die Durchsetzung der Arbeiterinteressen es erfordert. In Situationen, wo die Kampfbereitschaft der Kollegen entsprechend stark ist, müssen sie zum Beispiel die Initiative für selbständige Streiks ergreifen. Die Septemberstreiks und die Streiks im Sommer 1973 haben gezeigt, daß es in solchen Situationen gerade auf die Vertrauensleute ankommt, daß sie die Möglichkeit haben, selbständige Kämpfe der Arbeiterklasse auszulösen und zu organisieren.

Die Kapitalisten sind angetreten, um noch brutaler ihre Profitinteressen auf dem Rükken der Arbeiter und kleinen Angestellten durchzusetzen. Die Stärkung der Kampfkraft und der Einheit der Arbeiterklasse ist ein dringliches Gebot. Die Vertrauensleutewahlen bieten eine wichtige Gelegenheit, dabei einen guten Schritt vorwärts zu machen. Lassen wir sie nicht ungenutzt. Setzen wir uns überall dafür ein, daß klassenkämpferische Vertrauensleute gewählt werden. Wir brauchen Vertrauensleute, die nach dem Grundsatz handeln: Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen.



Tarifnachrichten

Volkswagenwerke. Bei VW läuft am 31. 1. der Haustarifvertrag aus. Die IGM-Bonzen haben folgende Forderungen festgelegt: 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Die unteren Lohngruppen sollen stärker angehoben werden. Die Ausbildungsvergütung soll für alle Lehrjahre um den Geldbetrag erhöht werden, der sich aus der tariflichen Erhöhung der Lohngruppe 6 E ergibt, jedoch in einem Stufenplan, der vorsieht, daß 1979 erst 50 Prozent bezahlt werden. Der Urlaub soll für alle um drei Tage verlängert werden.

Diese Beschlüsse der IGM-Bonzen stehen im Gegensatz zu den Forderungen, die von den Kollegen selbst erhoben bzw. diskutiert wurden. Viele Vertrauensleute sind für **lineare** Lohnerhöhung. Die Angestellten schlugen 180 DM vor. Ein Teil der Vertrauensleute forderte insgesamt 7 Prozent Lohnerhöhung, davon die Hälfte linear als Sockelbetrag und die anderen 3,5 Prozent als Prozentforderung. Die Lehrlinge forderten 150 Mark für alle. Ferner wurde von den Kollegen die Abschaffung der unteren drei Lohngruppen gefordert. Offiziell gibt es bei VW keine Leichtlohngruppen. Aber die Frauen in der Montage und am Band sind meist in Lohngruppen eingestuft, die praktisch Leichtlohngruppen gleichkommen.



Schon bei den Tarifrunden der vergangenen Jahre haben die Seeleute bewiesen, daß sie kampfbereit sind. Unser Bild: Gegen die Verschleppungstaktik der Reeder protestierten viele Seeleute in Hamburg während der dritten Schlichtungsrunde für einen neuen Manteltarif.

Seeschiffahrt. Die Schlichtungsverhandlungen in der Seeschiffahrt sind abgeschlossen. Ursprünglich hatte die ÖTV eine Anhebung der Heuern um 240 Mark für alle gefordert. Jetzt haben sich die Reeder und die Gewerkschaftsbonzen auf einen üblen Kompromiß geeinigt. Die eigentlichen Heuern werden nicht angehoben. Stattdessen wird jetzt eine Seefahrtszulage gewährt, die je nach Dienstgrad oder Seefahrtszeit 171, 120 oder 54 Mark pro Monat beträgt. Die Laufzeit für diese Regelung beträgt 13 Monate.

+ + +

Öffentlicher Dienst. Auf Mitgliederversammlungen beschließen ÖTV-Kollegen Lohnforderungen, die im Gegensatz zu der „Forderungsempfehlung" des Hauptvorstands von 6,5 Prozent stehen. Die Mitgliederversammlung der im Sozialdienst Beschäftigten, Kreisverband Münster der ÖTV, hat fast einstimmig die Forderung nach 170 Mark für alle beschlossen. Im Bereich der medizinischen Einrichtung an der Uni Bonn hat die Mitgliederversammlung gefordert: einen Sockelbetrag von 130 Mark und zusätzlich 3 Prozent.

+ + +

Druckindustrie. Auf der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bremen der IG Druck und Papier forderten die Kollegen für die Lohn- und Gehaltstarifrunde 150 Mark mehr für alle und 70 Mark mehr für die Auszubildenden.

Milchskandal in Hessen

Umweltvergiftung mit Wissen der Behörden

Seit mindestens zehn Jahren — der genaue Zeitraum ist nicht mehr feststellbar — enthält die Milch im südhessischen Ried-Gebiet Gift: Hexachlorcyclohexan (HCH). Ausgangspunkt der Verseuchung sind die Orte Gernstein, Biebesheim und Allmendfeld im Kreis Groß-Gerau. In Gernsheim steht ein Werk des Chemiekonzerns Merck, der dem Arbeitgeberpräsidenten Esser gehört.

Hexachlorcyclohexan kann schon in äußerst geringen Mengen zu schweren Vergiftungserscheinungen des Zentralnervensystems, zu Lähmungen und zu Blutkrebs führen. Es ist in dem Insektenvernichtungsmittel Lindan, das die Firma Merck in Gernsheim bis in die sechziger Jahre produzierte, sowie in den dabei entstandenen Produktionsabfällen enthalten. Bis 1960 lagerten diese Abfälle, zu einer riesigen Halde aufgetürmt, auf dem Gelände des Werks; der Wind verwehte das Gift in die umliegenden Felder und Wohngebiete. Nachdem Schäden festgestellt und Schadensersatzansprüche erhoben worden waren, verschwand in den sechziger Jahren der sogenannte „Weiße Berg". Über 100.000 Tonnen giftiger Abfall wurden in das Werksgelände „eingebaut", das heißt, unter den Asphalt des Firmenparkplatzes vergraben oder mit Beton vermischt zu zeitweise freiliegenden Fundamenten verarbeitet.

Entgegen den Beteuerungen der Firma Merck war damit jedoch das Gift nicht unschädlich gemacht. Nach den Aussagen von Wissenschaftlern kann das HCH, auch wenn es abgedeckt ist, giftige Gase in die Luft entsenden, die sich gleichmäßig auf den umliegenden Feldern verteilen können. Die Lagerung des Giftes geschah mit der ausdrücklichen Genehmigung des Regierungspräsidenten von Darmstadt.

Ende 1976 entdeckte ein Beamter des Landwirtschaftlichen Untersuchungsamtes in einer Milchprobe erhöhte Hexachlorcyclohexan - Werte. Das Amt gab einen Bericht an das zuständige Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt und erhielt den Auftrag, gezielter zu forschen. Die Verantwortlichen gewannen rasch eingehende Kenntnisse über Umfang und Ausmaß der Milchvergiftung. Die Bauern und Molkereien wurden jedoch nicht informiert; die verseuchte Milch gelangte zwei Jahre lang weiter zu den Verbrauchern. Erst in der vergangenen Woche kam das Umweltverbrechen ans Licht.

Der Umweltminister wies die Verantwortung zurück. Die Informationen seien in den unteren Rängen seines Ministeriums hängengeblieben; die niederen Chargen hätten die Bedeutung des Falles nicht erkannt. Ihm, dem Minister, sei erst durch Presseberichte bekanntgeworden, daß Giftrückstände bereits vor zwei Jahren registriert worden seien.

Der Merck-Konzern tat überrascht. „Warum hat uns eigentlich niemals jemand etwas gesagt?", fragte der Leiter des Gernsheimer Werkes zynisch. Als wüßten die Chemie-Kapitalisten nicht um die Wirkungen ihrer Produkte! „Wenn wir wirklich damit etwas zu tun haben sollten", sagte der Leiter, „dann hätte doch ein Hinweis genügt — und in zwei bis drei Tagen wäre die Sache geregelt gewesen." —

Die Sache ist — wie es aussieht — auch in zwei oder drei Jahren nicht geregelt — wenn nicht die empörte Bevölkerung die Chemieprofiteure unter Druck setzt und sie zum Handeln zwingt. Denn eine Einlagerung der Gifte in sichere unterirdische Stollen lehnt der Werksleiter als „unzumutbar" ab. Der Grund ist: Eine Einlagerung würde den Konzern je Tonne 200 Mark kosten. Sie würde den Profit des Unternehmens „unzumutbar" schmälern.

Die Leidtragenden sind die Verbraucher und die Bauern. Zwar heißt es, durch die vergiftete Milch verursachte Krankheiten seien bislang noch nicht festgestellt worden; doch sind die Folgewirkungen der Verseuchung im einzelnen gar nicht zu kontrollieren.

Was die Bauern betrifft, hat das Ministerium angeordnet, daß 54 Bauernhöfe in dem betroffenen Gebiet keine Milch mehr verkaufen dürfen. Die Milch wird zu Milchpulver verarbeitet und gelagert. Landwirte, die hauptsächlich Vieh- und Milchwirtschaft betreiben, sind damit in ihrer Existenz gefährdet. Auch ist noch nicht entschieden, ob die Milchproduktion in dem betreffenden Gebiet ganz eingestellt werden muß. Ihren Verdienstausfall bekommen die Bauern nur erstattet, wenn der Verursacher der Vergiftung festgestellt wird. Ob dies jedoch geschieht, ist angesichts der Zusammenarbeit von Merck-Konzern und Behörden mehr als fraglich. Schon jetzt werden die Behörden nicht müde zu betonen, daß der Konzern die jeweils gültigen Gesetze zu keiner Zeit verletzt hat.

Die Gesundheit, das Leben, die Existenzgrundlagen der Werktätigen interessieren die Kapitalisten nicht; sie interessiert einzig und allein ihr Profit. Und bei ihrem Profitstreben werden sie rückhaltlos von den Behörden dieses Staates unterstützt, der das kapitalistische Eigentum, den kapitalistischen Profit zum höchsten Gut erklärt hat.

Erzählwettbewerb

Aus dem Leben und dem Kampf der KPD/ML

Statt eines Fotos

Die wenigen Spaziergänger auf der neuen Fußgängerbrücke über den Neckar, die die Neckarstadt mit dem ebenfalls neuen Mannheimer Renommierbau, dem Collinicenter, verbindet, schütteln den Kopf. Da steht mitten auf der Brücke eine Gruppe junger Leute und starrt in die Dunkelheit. Noch größer wäre wohl die Verwunderung, wenn sie das weitere Treiben der Gruppe beobachten könnten: Da werden eilends Zollstöcke aufgeklappt, Zahlen einander zugeraunt und notiert und in Windeseile Skizzen angefertigt. Ein junger Mann gar beugt sich beängstigend weit über die Betonbrüstung der Brücke. Er wird sich doch wohl nichts . . . ? Nein, das will er nicht. Wenige Minuten später hat er mit den anderen jungen Leuten die Brücke bereits wieder verlassen.

Eine Woche später. Eine laue Frühlingsnacht. Die Brücke liegt verlassen da wie immer. Ab und zu ein später Heimkehrer, eine Frau, die ihren Waldi noch spazieren führt. Am Aufgang zur Brücke ein sehr mit sich beschäftigtes Liebespaar. Da treffen sich, von verschiedenen Seiten kommend, einige junge Leute auf der Brücke. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß sie seltsame Gegenstände bei sich haben: eine Stange, diverse Taschen, einen Eimer und einen prall gefüllten Sack. Mitten auf der Neckarbrücke, nachts um halb eins, wird es den jungen Leuten wohl etwas zu schwer. Sie legen ihre Taschen, den Sack, den Eimer und die Tasche hin und beginnen den Sack auszupacken. Ein unförmiges Bündel aus Plastik, Draht, großen Schrauben und Holzleisten kommt zum Vorschein. Im Nu ist es entrollt: eine fast 15 Meter lange Plastikfolie. Ruckzuck wird sie über die Brüstung gehoben, mit Draht am Geländer befestigt. Die Schrauben sorgen als Gewichte für einwandfreien Fall, die Holzleisten geben dem abenteuerlichen Gebilde eine gewisse Stabilität.

Was nun um alles in der Welt bewegt junge Menschen, die längst ins Bett gehören, in einer lauen Frühjahrsnacht auf der Neckarbrücke 15 Meter Plastikfolie über die Brüstung zu hängen, sie mit Schrauben zu beschweren und mit Holzleisten zu stabilisieren?

Es sind — die Löcher in der Folie. Ein junger Mann taucht einen an der Stange befestigten Pinsel in den Eimer, beugt sich weit über die Brüstung und beginnt, die Löcher in der Folie sorgfältig nachzufahren. Was in dem Eimer drin ist? Farbe. Jawohl, satte, leuchtende rote Farbe.

Keine Viertelstunde später ist die Folie längst wieder verpackt. Sack, Stange, Eimer, Taschen und Leute sind wie fortgeblasen. Das Liebespärchen geht langsam nach Hause und ist froh, daß es die Taschenlampe und die Trillerpfeife nicht hat benutzen müssen. Frauchen ist froh, daß Waldi keine grüne Uniform gewittert hat. Waldi ist froh, daß er nicht mehr auf der Brücke rumpatroullieren muß. Nur die Spätheimkehrer ärgern sich über die viiiel zu frühe Polizeistunde.

Die Passanten, die am nächsten Tag die mehrere hundert Meter entfernte Kurpfalzbrücke überqueren, stutzen. Das war gestern noch nicht da. Auf der Brüstung der gegenüberliegenden Fußgängerbrücke steht in leuchtendem Rot: „LEST ROTER MORGEN — KPD/ML". Und wie es steht! Die fast meterhohen Buchstaben stehen wie eine Eins. So sauber ist die Parole, daß Kollegen einer Abteilung bei Daimler-Benz allen Ernstes glauben, die Partei habe ein Malergeschäft mit der Ausführung beauftragt. Immer wieder bleiben Passanten stehen. Wie die das wohl gemacht haben? Eine Gruppe Studenten, die eine Ausflugsfahrt auf dem Neckar unternimmt, verrenkt sich schier die Köpfe.

Natürlich gefällt sie nicht jedem, diese Parole. Ein Leser der Lokalzeitung fragt empört, ob denn die Polizei machtlos sei. Nach drei Tagen reagiert die Stadtverwaltung. Sie läßt die Parole entfernen. Zwei Tage brauchen sie dazu. Ob wenigstens noch ein Foto von dem Kunstwerk existiert? Tja, das ist so eine Sache. Natürlich hatten die jungen Leute daran gedacht, der Nachwelt ein Dokument ihres Schaffens zu hinterlassen. Sie hatten einen der ihren beauftragt, einige Fotos zu schießen. Das tat er auch, und zwar mit Ausdauer. Von der gegenüberliegenden Brücke aus, vom rechten Ufer, vom linken Ufer, mit Teleobjektiv und ohne und mit Weitwinkel, im Hochformat und im Querformat. Als die Parole entfernt war, jubelte er: Ich hab' sie ja im Kasten, eines der Fotos ist sicher was geworden.

Irgendwann wunderte er sich allerdings über die Ergiebigkeit seines 20er Filmes, auf dem nun schon 25 Bilder waren. Und als er den Apparat dann öffnete, mußte er feststellen, daß er eine Kleinigkeit vergessen hatte. Den Film . . .

Ein Genosse aus Mannheim.

Neutronenbombe im Ballungsgebiet Erlangen/Nürnberg?

Proteste gegen geplantes US-Munitionsdepot

1.100 Menschen demonstrierten am vergangenen Samstag in Erlangen gegen die von der US-Armee im Sebalder Reichswald bei Erlangen geplanten Munitionsbunker. Initiiert und getragen wurde die Demonstration vom Bund Naturschutz und der Bürgerinitiative gegen den Bau von Bunkern im Reichswald, die von der Gemeinde Uttenreuth ins Leben gerufen worden ist.

Uttenreuth liegt nur 1.400 Meter von der Stelle entfernt, wo das Munitionsdepot entstehen soll. Dem Depot sollen 44 Hektar Wald zum Opfer fallen. Zunächst sollen 47 Bunker gebaut werden; später sollen noch 152 dazukommen. In das Depot sollen — nach offiziellen Angaben — hochexplosive Artilleriegranaten gelagert werden. Wahrscheinlich stecken aber noch weitreichendere Pläne dahinter.

In einer Lokalzeitung heißt es: „Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen in Bonn verlautete, wollen die amerikanischen Truppen unter anderem auch im mittelfränkischen Ballungsraum Kapazitäten zur Unterbringung der heftig umstrittenen Neutronenbombe schaffen. Von der US-Armee ist bisher behauptet worden, das Depot solle lediglich konventionelle Artilleriegranaten aufnehmen. Die amerikanischen Streitkräfte sind dabei, ihre Munitionsdepots zu vergrößern. Wie der Leiter der Unterabteilung Verteidigungslasten beim Bundesfinanzministerium, Christian Bauer, kürzlich in Erlangen erklärte, gibt es im Bundesgebiet Hunderte solcher Depots mit Tausenden von Bunkern. Welche davon mit Atomwaffen bestückt werden, entscheide eine Kommission amerikanischer und deutscher Offiziere. Es sei aber — so Bauer — keineswegs ungewöhnlich, daß nur Nuklearsprengköpfe in einen Ballungsraum transportiert werden."

Zwar sucht der Artikel die Aussagen wieder durch den Hinweis zu entkräften, die Neutronenbombe sei ja noch gar nicht genehmigt. Tatsache ist aber doch, daß der US-Präsident Carter schon grünes Licht für die ersten Produktionsstufen dieser Massenvernichtungswaffe gegeben hat. Und nicht zuletzt die Bunker-Bauvorhaben der US-Armee zeigen, daß alle Voraussetzungen für die Ausrüstung mit der Neutronenwaffe geschaffen werden sollen. Die US-amerikanischen Imperialisten und ihre Bonner und bayrischen Nachbeter stört es dabei wenig, daß diese Vernichtungskapazitäten in einem dichtbesiedelten Ballungsgebiet gelagert werden sollen. Die Gesundheit, das Leben und die intakte Umwelt der Menschen spielen in ihren Plänen keine Rolle!

Da ist es nur zynisch, wenn ein Franz Josef Strauss, dessen Parteifreunde im Umweltausschuß des bayrischen Landtags bereits dem Depot zugestimmt haben, erklärt, er halte den Standort im Reichswald für ungeeignet und er werde sich für eine dezentrale Lagerung der Munition außerhalb des Ballungsraumes Nürnberg-Fürth-Erlangen einsetzen. — Das deutsche Volk aber will überhaupt keine US-Munitionsbunker, weder **im** Ballungsgebiet noch **außerhalb**, weder **zentral** noch **dezentral**!

Die werktätige Bevölkerung ist über den geplanten Bunkerbau empört. Besonders aus Nürnberg, Erlangen und Kalckreuth haben sich viele Menschen der Protestbewegung angeschlossen. Tausende haben die Protestlisten unterzeichnet; allein in Nürnberg wurden innerhalb von vier Tagen 3.000 Unterschriften gesammelt. Viele sind entschlossen, wenn es sein muß auch militant zu kämpfen.

„Unruhe ist die erste Bürgerpflicht!", lautet die Überschrift eines Flugblatts der Uttenreuther Initiative. In dem Flugblatt heißt es:

„Wir können den Bau des Depots nur verhindern, wenn wir uns alle massiv zur Wehr setzen. Wir müssen durch Taten zum Ausdruck bringen

- daß wir unsere Sicherheit durch geballte Munitionsmengen in unserem Lebensraum bedroht sehen — ganz gleich, ob es sich um konventionelle, atomare, biologische oder chemische Kampfstoffe handelt;
- daß wir uns gegen den Anfang wehren, der mit den 47 Bunkern und befestigten Zufahrtswegen gemacht werden soll;
- daß wir den Wald als Faktor der Luftreinhaltung, des Klimas und der Naherholung erhalten wollen und müssen;
- daß wir unser Wasserschutzgebiet nicht durch Bunker und Kampfstoffe gefährden lassen wollen;
- daß wir das Schicksal unserer Region nicht rücksichtslosen militärischen Bürokraten überlassen wollen.

Wir wollen keine Krawalle; wir wollen aber alles tun, um uns zu wehren, solange im Reichswald noch Bäume statt Bunker stehen, **bis hin zur Besetzung des Geländes!**"

Am 3. Februar plant die Initiative eine Protestfahrt nach Heidelberg vor das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa.

Heizölpreise um 20 Prozent gestiegen

Saftiger Anstieg der Heizölpreise. Rund 40 Mark muß der Verbraucher für 100 Liter auf den Tisch blättern. Das bedeutet eine Preissteigerung um bis zu 20 Prozent.

Achselzuckend gibt man uns zu verstehen, da sei nichts zu machen. Die Preise regeln sich halt nach Angebot und Nachfrage. Der Sommer sei kälter gewesen als erwartet, so daß die privaten Vorräte kleiner sind als gewöhnlich; der Winter sei kälter als sonst, so daß der Verbrauch um 10 Prozent höher als gewöhnlich liegt, und selbstverständlich müssen auch die streikenden Arbeiter der iranischen Erdölförderung herhalten, die das Angebot durch ihre Arbeitsniederlegung verknappt haben.

Würde die Regel von Angebot und Nachfrage funktionieren, so müßte es in allen Lebensmittelgeschäften spottbillige Butter geben. Denn das Angebot ist so ungeheuer groß, daß die Lagerstätten und Kühlhäuser aus allen Nähten platzen. Jedes Kind aber weiß, daß die Butter sündhaft teuer ist, trotz des riesigen Angebots.

Und wie sieht es beim Öl aus? Es ist eine Tatsache, daß die Erdöllagerstätten in Rotterdam bis zum Überlaufen voll sind. Von Verknappung des Angebots keine Spur.

Vor einigen Jahren lief eine Riesenpropaganda, jedermann solle sich Ölheizung anschaffen, das sei sauberer, billiger als Kohle. Und das war es damals tatsächlich. Kaum aber war ein größerer Teil der Bevölkerung abhängig vom Öl, stiegen die Preise sprunghaft an. Diejenigen, die erhebliche Mittel in den Einbau der Ölheizung investiert hatten, waren gezwungen, das Öl zum angebotenen Preis zu kaufen.

Gegenwärtig nützen die Multis der Ölbranche den kalten Winter, der die Menschen zwingt, mehr Heizöl als sonst zu kaufen, aus, um ihnen wiederum eine saftige Preiserhöhung aufzudiktieren.

Das ist kein freies Spiel der Kräfte zwischen Angebot und Nachfrage, wie unsere Kinder es immer wieder in der Schule lernen, wie es uns in den Zeitungen gesagt wird, das ist brutales Ausnutzen unserer Situation durch riesige Konzerne, die nahezu den gesamten Markt kontrollieren und auf unsere Kosten unglaubliche Profite zusammenraffen.

Jetzt verspricht man uns, wartet nur ab, sobald die Temperaturen steigen, fallen die Preise. Wer's glaubt, wird selig.

46 Jahre nach der Machtergreifung des Nazi-Faschismus rühren sich wieder in unserem Lande die offen faschistischen Kräfte, nimmt die staatliche Entwicklung wieder Kurs auf ein neues '33. Aber auch der Widerstand dagegen wächst. Zum 30. Januar 1979 haben sich demokratische und antifaschistische Persönlichkeiten unter einem Aufruf zusammengeschlossen, den wir im folgenden abdrucken.

An alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte:

Gegen Reaktion und Faschismus

Aufruf anläßlich des 46. Jahrestags der Machtergreifung des Hitler-Faschismus

Der 30. Januar ist der Tag der Machtergreifung des Hitler-Faschismus. Von diesem Tag an, zwölf Jahre lang, herrschte in Deutschland der Terror der braunen und schwarzen Mordbanden von SA und SS. Für Millionen Menschen bedeutete dieser Tag grauenvollstes Leid, Elend und Tod.

Heute, 46 Jahre danach, müssen wir beobachten, wie wieder faschistische Organisationen in der Öffentlichkeit auftreten, um die Verbrechen des Hitler-Regimes zu verherrlichen. Mauern werden mit Hakenkreuzen, mit Sprüchen wie „Juda verrecke!" oder „Rotfront verrecke!" beschmiert. In die Hunderttausende geht die Auflage von Nazi-Hetzblättern, aber auch von sogenannten Dokumentationen über das Dritte Reich, mit denen faschistisches Gedankengut wieder verbreitet wird. Voll Sorge stellen wir fest, daß diesem Treiben der Neo-Nazis von staatlicher Seite kein Riegel vorgeschoben wird. Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Nazi-Regimes werden selten bestraft. Jetzt wird sogar die Verjährung für Nazi-Verbrechen erwogen. Zeugen, die die Konzentrationslager überlebten und in solchen Verfahren aussagen, müssen sich verhöhnen und bedrohen lassen.

Heute, 46 Jahre danach, ist gegen ca. 4.000 junge Menschen in der Bundesrepublik, Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, das Berufsverbot ausgesprochen. Der Ausdruck „Berufsverbot" ist zu einem deutschen „Markenzeichen" im Ausland geworden. Es ist dort bekannt, daß der „Radikalenerlaß" gegen Kommunisten, Kriegsdienstverweigerer, Pazifisten und auch Sozialdemokraten verhängt wird. Es ist bekannt, daß Angehörige der NPD in Schulen, Ämtern, bei der Polizei und in der Bundeswehr beschäftigt sind — ja, das Mannheimer Oberverwaltungsgericht stellte unlängst fest, daß die NPD keine verfassungsfeindliche Partei sei und daß daher ihre Mitglieder und Angehörigen durchaus Zugang zum öffentlichen Dienst haben müssen.

Heute, 46 Jahre danach, müssen wir beobachten, wie die Aussperrung — in zahlreichen Verfassungsentwürfen der Länder nach 1945 noch ausdrücklich verboten — wieder zu einem Kampfmittel der Unternehmer geworden ist. Aussperrung, das heißt Machtdemonstration der Unternehmer, das heißt Angriff auf das Recht zum Streik, der in Deutschland zuletzt im Hitler-Faschismus verboten war.

Heute, 46 Jahre danach, müssen wir beobachten, wie ein gigantischer Polizei- und Überwachungsapparat aufgebaut wird, der an Perfektion alles bisher dagewesene übertrifft. Immer häufiger greifen heute die Polizisten in „vermeintlicher Notwehr" zur Waffe, in die Hunderte geht die Zahl der von ihr getöteten Bürger — darunter Kinder, Jugendliche, Verkehrssünder, friedliche Passanten. In mehreren Bundesländern ist heute der Innenministerentwurf für ein einheitliches Polizeirecht geltendes Recht. In diesem Gesetz, das auch unter dem Namen „Todesschußgesetz" bekannt ist, heißt es wörtlich: „Mit diesem Gesetz wird das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit eingeschränkt." Es erlaubt auch den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten gegen Menschenansammlungen.

Angesichts dieser Entwicklung, die der demokratischen und antifaschistischen Öffentlichkeit 1945 nach dem Ende des Hitler-Staates undenkbar erschien, appellieren wir am 46. Jahrestag der Errichtung des Hitler-Faschismus an diese Öffentlichkeit: Wehret den Anfängen! Erheben Sie Ihre Stimme gegen Reaktion und Faschismus, in welcher und von welcher Seite sie auch auftreten. Unterstützen Sie die Forderungen:

Verbot aller faschistischen Organisationen! Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!
Weg mit dem Berufsverbot! Wiedereinstellung aller bisher vom Berufsverbot Betroffenen!
Verbot der Aussperrung!
Weg mit dem Todesschußgesetz!

Juan Allende-Blin, Komponist, Essen, **Joachim E. Berendt,** Schriftsteller, **Vera Berendt,** Lehrerin, Baden-Baden, **Dieter Berthmann,** Rechtsanwalt, Nürnberg, **Thomas Beßen,** Personalrat am Klinikum Essen, **Karola Bloch,** Tübingen, **Peter O. Chotjewitz,** Schriftsteller, Haunetal/Rhön, **Ingeborg Drewitz,** Schriftstellerin, Berlin, **Eisler-Chor,** Essen, **Elbspeelers,** Volksmusikgruppe, Hamburg, Professor **Ossip K. Flechtheim,** Politologe, Berlin, **Manni Goetz,** Sänger, Nürnberg, Professor **Helmut Gollwitzer,** Berlin, **Horst Grimm,** Sänger, Nürnberg, **Uwe Himstedt,** Schriftsteller, Hamburg, **Jürgen Janz,** vom Dienst suspendierter Studienrat, Bochum, **Ulrich Leicht,** Lektor, Dortmund, **Christian Mattiesen,** Betriebsrat, Hamburg, **Max Neumüller,** Musiker, Nürnberg, **Wendelin Niedlich,** Buchhändler, Stuttgart, **Frank Rühmann,** Schriftsteller, Hamburg, **Ralf Schneider,** Zahnarzt, Dortmund, **Anette Schnoor,** Betriebsrätin, Witten, **Dr. Wolfgang Schulz,** Dramaturg, Würzburg, **Hartmut Siemon,** Betriebsrat, Dortmund, **Gerhard Stäbler,** Musiker, Essen, **Studiobühne** Würzburg, **Dieter Vatter,** Sänger, Nürnberg, **Wolfgang Weskamp,** Betriebsrat, Hamburg, **Gerhard** und **Ingrid Zwerenz,** Schriftsteller, Schmitten/Taunus

Veranstaltungen zum 30. Januar siehe Seite 8.





Am 20. 1. 79 traten in Stuttgart 4.000 Antifaschisten der NPD entgegen. Links: Ehemalige KZ-Häftlinge unter den Teilnehmern. Rechts: Polizei geht gegen Antifaschisten vor.

46 Jahre danach...
Todesschußgesetz

Sobald Hitler die Macht ergriffen hatte, zog er mit unglaublichem Terror über die werktätige Bevölkerung her. Alles, was sich ihm politisch in den Weg stellte, wurde von den Schlägerbanden der SA und SS ergriffen, geprügelt, gefoltert und in die Keller der Gestapo geworfen — die Vorstufe zum Konzentrationslager oder zum Tod.

Von den ersten Tagen der faschistischen Herrschaft an betrieb Hitler zielstrebig die Schaffung eines zentralisierten Polizeiapparats, der „Geheimen Staatspolizei", mit der auch der kleinste Widerstand im Reich gebrochen werden sollte. Bis 1936 hat Himmler im Auftrag Hitlers es geschafft, die politische Polizei mehr und mehr der SS zu unterstellen und gleichzeitig die Polizeiorgane aus ihrer ehemals föderalen Länderstruktur in den zentralen Apparat der Gestapo zu überführen. Mit einem ausgefeilten System von zentralen und territorialen Straf- und Sonderorganen, mit einer sorgfältig ausgesuchten Mordtruppe fanatischer Anhänger des Hitler-Regimes und Angehöriger der SS, die von jeder Strafandrohung befreit wurden, wurde unbarmherzig das Ziel der Unschädlichmachung der politischen Gegner verfolgt.

Das Verbot eines zentralisierten Polizeiapparats war eine der wichtigsten Forderungen an den Wiederaufbau Deutschlands nach der Zerschlagung des Faschismus. Nie wieder sollte Deutschland zum Polizeistaat werden, nie wieder sollte die Drohung, nachts von einem Polizeikommando abgeholt zu werden, auf den deutschen Werktätigen lasten.

Heute, 46 Jahre nach der Errichtung der faschistischen Terrorherrschaft, wird wieder der Aufbau eines zentralisierten Polizeiapparats zielstrebig verfolgt. Mit dem „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" sollen die Länderpolizeibehörden nach einem einheitlichen Plan ausgerichtet werden. Nach diesem Musterentwurf sind bereits in mehreren Bundesländern neue Polizeigesetze verabschiedet worden, und in den übrigen Bundesländern werden sie noch folgen.

In allen neuen Polizeigesetzen ist vorgesehen, daß die Polizei mit schweren Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet wird. Ganz eindeutig wird so eine Bürgerkriegstruppe gegen die Werktätigen aufgebaut. Weiterhin enthalten diese Polizeigesetze den berüchtigten Paragraphen über den „Todesschuß", von den Behörden auch zynisch „Rettungsschuß" genannt. Dieser Paragraph erlaubt es jedem Polizisten, zum Beispiel „in vermeintlicher Notwehr" jeden beliebigen „Täter" zu erschießen. Damit sind deutsche Polizisten, ähnlich wie ihre Vorgänger bei der Gestapo, von vornherein von der Strafverfolgung befreit.

Ähnlich wie im Dritten Reich werden auch jetzt neben den Zentralisierungsbestrebungen der Polizeibehörden Sonderorgane geschaffen, die von Anfang an zentral aufgebaut werden und eine ständig stärkere Bedeutung bekommen. So das Bundeskriminalamt (BKA), das allein dem Bundesinnenminister untersteht. So zum Beispiel die berüchtigte Killer-Truppe GSG 9, die aufs kaltblütige Morden abgerichtet ist und seit Mogadischu als „Elitetruppe der Nation" hochgejubelt wird.

Alle diese Tatsachen lassen nur den einen Schluß zu, daß der Bonner Staat wieder Kurs auf den Faschismus genommen hat. Das Todesschußgesetz ist ein Schritt auf dem Wege dahin. Die werktätige Bevölkerung hat in den letzten Jahren genügend Kostproben dieser Entwicklung erfahren, wenn bewaffnete Polizeitruppen Autos durchsuchten, Wohnungen aufbrachen und ganze Häuserblocks durchkämmten. Das deutsche Volk hat den Faschismus einmal erlebt und ist entschlossen, es nie wieder so weit kommen zu lassen. Darum fordern wir:

NIE WIEDER FASCHISMUS!
KAMPF DER FASCHISIERUNG DES STAATES!
WEG MIT DEM TODESSCHUSSGESETZ!

Neuer Prozeß gegen den „Roten Morgen":

„... maßlose Angriffe gegen die Bundesrepublik..."

Am 21. 2. 79 beginnt in Dortmund ein neuer Prozeß gegen den „Roten Morgen". Mit dem Vorwurf, „die Bundesrepublik Deutschland und ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft und böswillig verächtlich gemacht zu haben", soll hier unserem Zentralorgan das Recht abgesprochen werden, die Hintergründe der Faschisierung aufzudecken und den Bonner Staat anzuprangern.

So brachte der „Rote Morgen" in der Ausgabe Nr. 6 vom 10. 2. 78 einen Artikel zu der skandalösen Prozeßführung im Majdanek-Prozeß. In der Anklageschrift gegen die presserechtlich verantwortliche Redakteurin des „Roten Morgen", Renate Schneider, heißt es zum Beispiel: „Auf Seite 6 wird unter der Überschrift ‚Zwei Tage Majdanek-Prozeß, Mitleid und Blumen für die Massenmörder' unter anderem folgendes wörtlich ausgeführt: ‚... Eine antifaschistische Tat ist von diesem Staat auch nicht zu erwarten. Im Gegenteil! In der Bundesrepublik herrscht noch immer das kapitalistische System, schalten und walten noch immer die Konzerne, die einst die Nazis an die Macht gehievt, in ihrer Macht befestigt und aus ihrer blutigen Herrschaft ungeheure Profite gezogen haben. Die Staats-, Justiz- und Polizeiapparate sind nach 45 von alten Nazis mit aufgebaut und reichlich durchsetzt worden und knebeln, bedrücken und verfolgen heute das Volk in immer stärkerem Maße. Die Bundesrepublik ist der wahrhafte Rechtsnachfolger der Dritten Reiches ...' "

Was hier in der Anklageschrift zitiert wird, sind Tatsachen, die die Staatsanwaltschaft in ihrem Wahrheitsgehalt auch gar nicht zurückzuweisen versucht. Was sie als „strafbar" verfolgt, ist die aus diesen Tatsachen gezogene Schlußfolgerung, die diesen Staat als „Schmutz- und Schandfleck" in der Geschichte" bezeichnet, der „von der Bildfläche verschwinden wird". So wird hier die „Beleidigung" zum Vorwand genommen, um die Verbreitung der Wahrheit über den Bonner Staat zu unterdrücken.

Der hauptsächliche Anklagepunkt aber betrifft die Vorfälle in Stammheim im Herbst '77, bei denen Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin ums Leben kamen. In der damaligen Pogromstimmung, die jede Kritik an den Maßnahmen des Bonner Staates unterdrückte, erschien im „Roten Morgen" eine Rede des Genossen Ernst Aust, in der — ungeachtet der Hetze — mit diesen Maßnahmen abgerechnet wird. In der Anklageschrift wird der „Rote Morgen" zitiert: „ ‚Zwar ist die deutsche Bundesrepublik zur Zeit noch kein faschistischer bzw. sozialfaschistischer Staat, vergleichbar mit den lateinamerikanischen Diktaturen oder den osteuropäischen revisionistischen Ländern, doch innerhalb Westeuropas ist sie neben Spanien einer der reaktionärsten Staaten, ein **brutaler Polizeistaat** mit faschistischen, imperialistischen Großmachtallüren ...' " Und an anderer Stelle: „ ‚Genossen, was da in Stammheim passierte, **war konterrevolutionärer Terror in seiner brutalsten Form.**' "

Indem er diese Äußerungen verfolgt, versucht der Staat seine Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kritiker der Faschisierung fortzusetzen, besonders gegen deren fortgeschrittensten Teil, die KPD/ML, die mit ihrer Kritik die Grundlagen des kapitalistischen Systems angreift.

Er entlarvt sich dabei aber nur selber vor den Augen der demokratischen und antifaschistischen Öffentlichkeit. So wird unter anderem folgendes Zitat aus dem „Roten Morgen" unter Anklage gestellt: „ ‚... Es ist doch geradezu typisch für den **polizeistaatlichen Terror** in der Bundesrepublik, daß dies kaum jemand öffentlich zu sagen, zu schreiben wagt ... " Jeder kann sich anhand dieses Prozesses gegen den „Roten Morgen" ein Urteil darüber bilden, wie wahr dieser Satz ist.

Straftat verjährt!

Der Frankfurter Schriftsteller Jürgen Roth, der sich über ein rechtsradikales Hetzblatt in seinem Briefkasten ärgerte, schritt zur Tat gegen die Neonazis, indem er sich bei einem von ihnen einschlich und dessen nazistische Äußerungen heimlich auf Tonband aufnahm. Mit diesem Tonband und einem der Nazi-Flugblätter als Beweismaterial erstattete er dann Anzeige.

Jetzt erhielt er von zwei Staatsanwälten Antwort. Der eine teilte ihm mit, daß ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Verstoßes gegen § 201 StGB eingeleitet worden sei, wegen der „illegalen" Tonbandaufnahme! Der zweite setzte ihn davon in Kenntnis, daß das Verfahren gegen den Neonazi wegen „Verfolgungsverjährung" eingestellt wurde. Die Polizei hatte die Absendung der Unterlagen an das Gericht so lange verschleppt, bis Verjährung eintrat. Roth erstattete jetzt Anzeige gegen die Polizisten wegen Strafvereitelung im Amt.

Neue Anklage gegen Jochen Beyer

Zu den bisher sechs Anklagen gegen den ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen der KPD/ML, Jochen Beyer, ist jetzt die siebente hinzugekommen. Sie wird möglicherweise zu den sechs, die bereits zu einem Prozeß zusammengezogen worden sind, hinzugezogen. Der Grund: In der Stadtteilzeitung der KPD/ML „Scharnhorster Sprachrohr" hatte gestanden, daß die Firma „Didi" Erdbeeren in Schälchen, welche mit 500 Gramm ausgewiesen waren, verkaufte, die aber in Wirklichkeit nur 450 Gramm enthielten. In einem Leserbrief hatte ein Scharnhorster geschildert, wie der Verkäuferin vom Geschäftsführer verboten wurde, das fehlende Gewicht zu ergänzen.


Mieter der Zechensiedlung Langenbrahm protestieren auf einer Versammlung gegen die Umwandlung ihrer Zechenwohnungen in Eigentumswohnungen

„Bisher waren wir loyal, das kann sich ändern, radikal!"

Zechensiedlung Langenbrahm in Spekulantenhand

Volkskorrespondenz aus Essen

2.000 Menschen in der Hand eines rücksichtslosen Profitgeiers — so sieht es für die langjährigen, meist älteren Bewohner der Zechensiedlung Langenbrahm in Essen-Bergerhausen aus. Frühere Eigentümerin ist eine Zechengesellschaft. Sie stattete den Kumpels, die beim Wiederaufbau mit an vorderster Front standen, ihren „Dank" ab, indem sie die Häuser an einen Spekulanten namens Rüger verkaufte und so die Mieter für den Abschuß freigab.

Dieser saubere Herr Rüger hat sich schon an vergleichbarer Stelle einen Namen gemacht. Er ekelt mit Schikanen und Terrormaßnahmen Menschen aus ihrer Wohnung, um den so freigewordenen Wohnraum zu seiner persönlichen Bereicherung zu verwenden. Drohbriefe und das Kappen von Stromleitungen gehören in seine schmutzige Trickkiste. Einem über achtzigjährigen Ehepaar der Siedlung Langenbrahm kündigte er Hausvermessungen an mit der „Bitte", doch die entsprechenden Zimmer zu räumen. Weiter drohte er an, das Betreten des Vorgartens zu verbieten.

In einem anderen Fall besaß er die Unverschämtheit, einer alten Frau einen Platz in einem Essener Altersheim zu vermitteln, ihrem Ehemann dagegen in einem Ort über 60 Kilometer entfernt. Ein anderer Mieter konnte gerade noch vor einem verzweifelten Selbstmordversuch gerettet werden.

Doch die Bewohner von Langenbrahm haben sich geschworen: „An uns wird Rüger sich die Zähne ausbeißen!" Sie haben sich zu einer Mieterinitiative zusammengeschlossen. Ihre Hauptforderung ist: Erhalt des Mietrechts für alle Mieter, die nicht kaufen können oder wollen.

Im letzten Jahr hat der Rat der Stadt Essen die Aufstellung einer Erhaltungssatzung beschlossen. Das ist ein vorläufiger Erfolg, denn solange die in Arbeit ist, dürfen die Mieter nicht auf die Straße gesetzt werden. Da in diese Erhaltungssatzung auch Angaben über die sozialen Verhältnisse der Bewohner, ihre Finanzkraft etc. einfließen, hat die Mieterinitiative dem zuständigen Stadtamt die nötigen Angaben geschickt, weil sie ein großes Mißtrauen in die Computer haben, aus deren Speichern in der Regel diese Angaben gewonnen werden.

Außerdem wurden der Oberbürgermeister, der Oberstadtdirektor und die Fraktionsvorsitzenden der Stadtratsparteien schriftlich darauf hingewiesen, daß die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen muß, um so die erhaltenswerte Sozialstruktur vor dem Zugriff geldgieriger Spekulanten zu schützen.

Der Vorsitzende der Mieterinitiative, ein alter Bergmann, sagt kurz und knapp: **„Wenn wir einfachen Kumpels in der Lage sind zu begreifen, daß unsere Siedlung erhalten werden muß, dann müssen das doch die studierten Herrschaften im Stadtrat erst recht einsehen ..."**

Doch da der Groschen bei diesen Herrschaften mitunter etwas langsam fällt, hat die Mieterinitiative für den 15. Februar in die Gaststätte „Zum Annental", Rellinghauser Straße, eine große Mieterversammlung einberufen.

Ihre Teilnahme mündlich zugesagt haben bereits die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Antje Huber, die in Essen ihren Wahlkreis hat, der Landesminister der Finanzen, Posser, und Ortsprominenz.

Der Vorsitzende der Mieterinitiative sagt klipp und klar: **„Wir sind keine Krawallbrüder; wir versuchen selbstverständlich, im Guten unser Recht zu bekommen, aber wenn es sein muß, können wir Kumpels auch ein Ding abziehen, daß denen die Augen tränen!"** Zusammen mit ihren Kindern haben sie Parolen auf bunte DIN-A-2-Pappe gepinselt, die sehr gut ihre kämpferische Haltung zeigen:

- Kampf dem Spekulantenschmutz, die Siedlung unter Denkmalsschutz
- Bisher waren wir loyal, das kann sich ändern, radikal
- Nicht mit unsern Knochen das Millionensüppchen kochen
- Rüger macht uns sehr Verdruß, obwohl er's hat im Überfluß

„Seit dem Bestehen unserer Initiative haben wir schon viel gelernt. Wir haben gelernt, unser Instrument zu gebrauchen, und wenn es nötig ist, werden wir ihm Töne entlocken, die denen da oben noch lange in den Ohren gellen!"

„Graue Wölfe" — unter dem Schutz der Polizei

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Sie treiben es immer dreister — die bewaffneten Banden der türkischen Faschistenpartei MHP, bekannt und berüchtigt unter dem Namen „Graue Wölfe". Und die Polizei in unserem Land schaut diesem Treiben nicht nur zu. Sie schützt auch noch die faschistischen Banden und geht stattdessen gegen Kollegen aus der Türkei vor, die sich des faschistischen Terrors erwehren. Im folgenden einige Beispiele dafür aus dem Frankfurter Raum.

Sonntag, 7. Januar, 15 Uhr. Vor dem Kino „Turm Palast" am Eschersheimer Turm verteilen zwei Kollegen vom „Verein der Arbeiter aus der Türkei" Flugblätter über das Massaker von Maras. Dort waren vor einigen Wochen Hunderte von Menschen von den Faschisten, darunter auch „GrauenWölfen", ermordet worden. Vor dem Kino tauchten auch MHP-Leute auf, die in der Nähe — in der Eschersheimer Landstraße 150 — ihr als „Kulturverein" getarntes Nest haben.

Die „Grauen Wölfe" verteilten auch Flugblätter. In der Hauptsache aber hatten sie es auf eine Provokation gegen die Kollegen vom Arbeiterverein abgesehen. Das sollte sich bald zeigen. Sie forderten nämlich die Kollegen auf, die faschistischen Drecksblätter zu nehmen. Als die beiden sich weigerten, wurden sie von 15 Faschisten plötzlich umringt und angegriffen. Zehn dieser Banditen waren mit Messern bewaffnet. Und sie gingen nicht nur auf die beiden Kollegen vom Arbeiterverein los, sondern auch auf andere Kollegen aus der Türkei, die sich vor dem Kino die Schaukästen für türkische Filme ansahen. Das Ergebnis dieses Überfalls: zwei Kollegen wurden von den „Grauen Wölfen" so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Der eine hat eine ca. 7 cm tiefe Schnittwunde direkt unter dem Herzen. Der andere hat einen tiefen Messerstich im Bauch.

Eine Woche zuvor hatten die „Grauen Wölfe" auch in Rüsselsheim zugeschlagen. Dort verteilten am 30. Dezember Kollegen vom „Verein der Arbeiter aus der Türkei" vor einem Kino ein zweisprachiges Flugblatt der RGO. Auch diese Kollegen wurden von MHP-Faschisten überfallen. Einer der Banditen zog sogar eine Pistole und feuerte sie viermal ab. Er konnte zum Glück, bevor er ernsthaften Schaden angerichtet hatte, von einer Menschenmenge, die sich angesammelt hatte, entwaffnet werden. Als dann eine Woche später die Kollegen vom Arbeiterverein wieder am Kino standen und Flugblätter verteilten, wurden sie von der Polizei verhaftet.

Unter diesen Umständen ist es nur natürlich, daß der „Verein der Arbeiter aus der Türkei" die Entwicklung in Westdeutschland mit großer Besorgnis betrachtet. Die westdeutschen Behörden schützen die türkischen Faschisten, sind ihnen gegenüber äußerst großzügig. Eine große Zahl von Aufenthaltsanträgen für diese Mörder ist bereits genehmigt worden. Und natürlich werden die „Grauen Wölfe" durch dieses Verhalten der Behörden immer mehr zu ihren Mordanschlägen ermutigt. Zu welchen Greueltaten sie fähig sind — das hat sich ja bei dem Massaker von Maras gezeigt. Und man kann die Genossen und Kollegen aus der Türkei verstehen, wenn sie befürchten, daß sich auch in der Bundesrepublik größere Mordanschläge der MHP-Faschisten ereignen könnten.

Zum Schluß noch ein anderer bezeichnender Vorfall aus Frankfurt. Am vergangenen Samstag (20.1.) verteilten zwei Kollegen aus der Türkei mittags auf der Zeil Flugblätter zur Lage im Iran. Ein Genosse verkaufte die Zeitung „Halkin Kurtulusu". Plötzlich standen mehrere Zivilpolizisten da, zückten ihre Hundemarken und forderten die Kollegen auf, sich mit erhobenen Händen an die Wand zu stellen. Dann wurden sie alle drei durchsucht und völlig ohne Grund festgenommen. Zwei von ihnen wurden gegen 14 Uhr wieder freigelassen, der dritte wurde bis 19 Uhr festgehalten. Und alle drei sind erkennungsdienstlich behandelt worden.

An diesen unglaublichen Vorfällen sieht man doch deutlich, auf welcher Seite die Polizei steht. Von Verhaftungen bei den faschistischen Schlägern und Mördern hat man noch nie etwas gehört. Sie werden — wie gesagt — geschützt und direkt noch zur Unterdrückung des Volkes eingesetzt.


Unter den Augen der deutschen Polizei: 1974 wurde der türkische Antifaschist Neset Danis von türkischen Faschisten erschlagen. Die Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren gegen die Täter ein.

Gastwirte als Achtgroschenjungs

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Ich schicke Euch hier einen weiteren empörenden Fall der fortschreitenden Faschisierung unseres Staates.

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 28. Juli 1978 wird jeder Gastwirt praktisch zu einem Hilfssheriff und Achtgroschenjungen gemacht. In dem Urteil heißt es nach der Hamburger Gaststättenzeitung „Das Gasthaus" vom 15. 1. 1979: „Einem Gastwirt kann die Gaststättenerlaubnis wegen Unzuverlässigkeit entzogen werden, wenn er eine zumutbare und nicht offensichtlich ungeeignete Zusammenarbeit verweigert. Grundsätzlich ist ein Gastwirt zur Zusammenarbeit mit der Polizei verpflichtet. (...) Daher darf sich ein zuverlässiger Gastwirt dem Wunsch der Polizei, von ihm über verdächtige Personen und Tatbestände unterrichtet zu werden, nicht verschließen. Über Wert, Art und Ausmaß dieser Zusammenarbeit kann nicht der Gastwirt, sondern nur die Polizei bestimmen."

Der Gastwirt befindet sich demnach bereits in der gleichen Lage wie ein Lehrer; ist er nicht zu diesen Spitzeldiensten bereit, wird ihm seine Konzession und damit sein Beruf und seine Existenzgrundlage entzogen.

Auch wenn es in dem Urteil um einen Drogenfall ging, ist doch die Tendenz ganz eindeutig.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Veranstaltungen zum 46. Jahrestag der Machtergreifung des Hitler-Faschismus

Essen: Diskussion über „Holocaust" am 3. 2. um 16 Uhr im Jugendzentrum, Papestraße

Hamburg: Veranstaltung der Front gegen Reaktion und Faschismus am 7. 2. um 19 Uhr im Hamburger Haus, Eimsbüttel, Doormannsweg 12

Kiel: Filmveranstaltung der „Gruppe Kieler Antifaschisten". Es wird der Film „Straße im Widerstand" gezeigt, am 1. 2. um 19.30 Uhr in „Kleinkes Eck".

Frankfurt: Veranstaltung zum 30. Januar am 11. 2. um 16.30 Uhr in Fechenheim, Turnhalle, Pfortenstraße

Hannover: Veranstaltung gegen Reaktion und Faschismus, am 2. 2. um 19 Uhr im Freizeitheim Lister-Turm, Walderseestraße 100

Stuttgart: Veranstaltung der Front gegen Reaktion und Faschismus am 3. 2. in der Gaststätte „Altes Spinnrad", Florianstraße 17

Diskussionen um „Holocaust"

Wer brachte Hitler an die Macht?

Millionen Menschen in unserem Land haben in der vergangenen Woche erschüttert und bewegt die amerikanische Fernsehserie „Holocaust" verfolgt, in der die Massenvernichtung der europäischen Juden durch die deutschen Faschisten dargestellt wurde. Und Zehntausende von Zuschauern wandten sich in Telefonanrufen und mit Briefen an die Fernsehanstalten. Immer wieder tauchte die Frage auf: „Wie konnte so etwas geschehen?", wurden Fragen gestellt nach den Schuldigen, nach den Ursachen für dieses barbarische System des Massenmordes.

Wie konnte es passieren, daß Hitler, der seine Ziele vorher offen dargelegt hatte, überhaupt an die Macht kommen konnte? Wie konnte das Nazi-Regime die Massenmorde in die Tat umsetzen, ohne auf Widerstand bei der Bevölkerung zu stoßen? Wieso waren gerade die Juden von den Massenvernichtungen betroffen? Wer wollte das? Was steckt hinter dem Antisemitismus, dem Rassenwahn und dem Chauvinismus? Wie kann man verhindern, daß sich die Terrorherrschaft des Nazi-Reiches wiederholt?

Um diese Fragen zu beantworten, ist es notwendig, die Triebkräfte zu nennen, die Hitler zur Macht verholfen haben. Man muß die Rolle, die die rassistische Ideologie der Nazis für die Durchführung der Eroberungspläne Hitlers spielte, aufzeigen. Man muß die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse, die Rolle der SPD-Führung und ihre Sabotage an der proletarischen Einheitsfront anführen, um zu erklären, daß dadurch den Nazis die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Illegalisierung der KPD und anderer antifaschistischer Kräfte ermöglicht wurde. Dann wird auch klar, wieso sich plötzlich jeder als Einzelperson dem faschistischen Terror ausgeliefert und somit keine Möglichkeit zum Widerstand sah.

Die von den Sendern im Anschluß an jede Folge der Serie durchgeführten „Experten"-Diskussionen jedoch gaben auf diese drängenden Fragen keine wirkliche Antwort. Im Gegenteil, gerade die bürgerlichen Wissenschaftler, die hier den Ton angaben, erwiesen sich zum größten Teil als Experten im Verwirren, im Verdrehen und Verfälschen der Wahrheit. Vor allem verstanden sie es, diejenigen aus der Schußlinie herauszuhalten, die tatsächlich verantwortlich sind für das Mordregime des Hitler-Faschismus — die deutschen Monopolkapitalisten.

Wir wollen in mehreren Artikeln auf die angeführten Fragen eingehen. Bevor wir aber die Fragen des Widerstandes der deutschen Werktätigen behandeln, wollen wir in diesem Artikel zunächst einmal die Frage beantworten: Wer verhalf Hitler zur Macht?

„Die Wurzel der Hitlerschen Bewegung ist der Kampf gegen den Sozialismus"

Beginnen wir mit einer Rede, die Carl Friedrich von Siemens am 27. November 1931 bei einem Essen des amerikanischen Elektrokonzerns General Electric hielt. Dort sagte er unter anderem:

„Kommunismus und Hitler-Bewegung wachsen stark, aber zwischen beiden ist folgender grundsätzlicher Unterschied: der erste will seine Ziele durch revolutionäre Maßnahmen, das heißt Barrikadenkampf und Bürgerkrieg, erreichen; wenn es dazu kommt, wird die Entscheidung auf der Straße fallen. Der andere will sein Ziel durch gesetzliche Maßnahmen, das heißt durch den Stimmzettel, verwirklichen. Doch will er sich dagegen sichern, daß die Ereignisse der Novembertage 1918, wo die Revolutionäre keinen Widerstand auf der Straße fanden, nicht wiederkehren. Die militärische Macht des Staates ist zu schwach, um die Feuer zu löschen, wenn sie an allen Stellen Deutschlands gleichzeitig ausbrechen sollten... Die Wurzel der Hitlerschen Bewegung ist der Kampf gegen den Sozialismus, das heißt gegen den Marxismus... Hitlerismus, oder — wie wir es nennen — Nationalsozialismus, ist in keiner Beziehung eine monarchistische Bewegung... Aber er ist gegen die ungezügelte Vorherrschaft des Parlamentarismus gerichtet, wie sie leider in unserer Verfassung vorgesehen ist. Das deutsche Volk ... ist für diese Form der Demokratie nicht reif."

In diesen Äußerungen bringt der Herrscher über den größten deutschen Elektrokonzern zweierlei zum Ausdruck: einmal die Furcht seiner Klasse vor dem Anwachsen der kommunistischen Bewegung und die Angst davor, daß der Weimarer Staat einem revolutionären Ansturm nicht gewachsen sein könnte; und zum anderen die ganz offen geäußerte Bereitschaft, mit dem System der parlamentarischen Demokratie Schluß zu machen, um die Herrschaft der Bourgeoisie über das deutsche Volk zu sichern. Als Mittel für die Erreichung dieser Ziele wird die Hitler-Partei angepriesen.

Ursprünglich war diese Partei nur eine unter vielen faschistischen und reaktionären Gruppierungen in Deutschland. Aber durch eine schrankenlose Demagogie hatten es die Hitler-Leute verstanden, sich eine Massenbasis, vor allem unter dem Kleinbürgertum, zu verschaffen. Nicht zuletzt dadurch, daß sie mit „antikapitalistischen" Parolen hausieren gingen und vorgaben, die Macht des „raffenden Kapitals" — wie sie es nannten, brechen zu wollen. In Wirklichkeit jedoch dachten die Faschisten niemals daran, ihre demagogischen Versprechungen einzulösen. Die Monopolherren, das zeigen die oben angeführten Äußerungen des Herrn von Siemens, wußten das sehr wohl und verstanden zwischen der Propaganda der Nazis und deren wirklicher Politik zu unterscheiden.

Der „Freundeskreis Keppler"

Um die Formen dieser Politik genauer zu bestimmen, nahmen führende Vertreter des deutschen Monopolkapitals einen engen organisatorischen Kontakt zur Nazi-Partei auf. Ein „Freundeskreis Keppler" wurde gebildet. Wilhelm Keppler, Hitlers Wirtschaftsberater, der diesem Kreis seinen Namen gab, sagte nach der Zerschlagung des Faschismus vor dem Nürnberger Prozeß aus, wie sich am 18. Mai 1932 der Freundeskreis zum ersten Mal mit Hitler traf:

„Der Führer hielt eine kurze Rede und enthüllte darin unter anderem als Punkte seines Programms die Abschaffung der Gewerkschaften und die Abschaffung der Parteien mit Ausnahme der NSDAP. Keiner erhob irgendeinen Einwand. Diese Punkte des Programms des Führers fanden die vollste Unterstützung der Mitglieder des Freundeskreises." Diese Mitglieder waren unter anderem der Bankier Kurt von Schröder, Emil Meyer (Dresdner Bank), Fritz Reinhart (Commerzbank), Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Otto Steinbrinck (Flick), Rudolf Bingel (Siemens) und der Junker Graf von Bismarck. (Nach 1933 wurde aus diesem Kreis der „Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler". Ihm gehörten unter anderem Friedrich Flick und der spätere Präsident der Bundesbank des Bonner Staates, Karl Blessing, an.)

Die Spitzen des deutschen Monopolkapitals verständigten sich also mit Hitler auf ein Programm der terroristischen Niederschlagung der Arbeiterbewegung, des vollständigen Abbaus aller Rechte des Volkes. Um diesem Programm zum Durchbruch zu verhelfen, finanzierten die Monopolherren die Hitler-Partei mit gewaltigen Summen. Allein der Krupp-Konzern hat bis 1933 insgesamt 1,35 Millionen Reichsmark an die Kasse der Nazi-Partei überwiesen.

Novemberwahlen 1932

Ein wichtiger Einschnitt in der politischen Entwicklung jener Jahre waren die Reichstagswahlen vom November 1932. Sie wurden durchgeführt vor dem Hintergrund einer schon Jahre andauernden Wirtschaftskrise. Für die Werktätigen bedeutete das ein ständiges Sinken des Reallohns, den Abbau von staatlichen Sozialausgaben und Massenarbeitslosigkeit. Die reaktionäre Reichsregierung erließ Notverordnungen, mit denen sie die Rechte des Volkes immer weiter einschränkte, um seinen Kampf gegen die Krisenpolitik der Bourgeoisie zu ersticken.

Wahlen zum Reichstag 1930 – 1932

Parteien	14. 9. 1930		1. 7. 1932		6. 11. 1932	
	Stimmen (in 1000)	Mandate	Stimmen (in 1000)	Mandate	Stimmen (in 1000)	Mandate
NSDAP	6410	107	13746	230	11737	196
DNVP	2458	41	2177	37	2959	52
DVP	1578	30	436	7	662	11
Z	4128	68	4589	75	4231	70
BVP	1059	19	1193	22	1095	20
DStP	1322	20	372	4	336	2
WP	1362	23	147	2	110	1
Landvolkpartei und Volkskonservative	1108	22	91	1	–	–
Christlich-sozialer Volksdienst	870	14	365	3	412	3
KPD	4592	77	5283	89	5980	100
SPD	8575	143	7960	133	7248	121

Die hier angeführte Tabelle zeigt deutlich, daß mit den Novemberwahlen die NSDAP den Höhepunkt ihres Masseneinflusses überschritten hatte. Sie verlor innerhalb von vier Monaten zwei Millionen Wählerstimmen. Auf der anderen Seite war der Einfluß der KPD stetig gestiegen. Nahezu sechs Millionen Wähler gaben ihr im November ihre Stimme. Ein deutlicher Ausdruck dafür, daß sich breite Schichten der Werktätigen zunehmend an der Partei der Arbeiterklasse orientierten, daß sie nicht mehr bereit waren, die Lasten der Krise zu tragen, daß immer mehr Werktätige in der sozialistischen Revolution den Ausweg aus dem kapitalistischen System sahen.

In dieser für sie bedrohlichen Situation unternahmen die deutschen Monopolherren Schritte, um die faschistische Partei sofort an die Macht zu bringen und die Errichtung ihrer offen terroristischen Diktatur zu beschleunigen. Am 19. November richteten Fritz Thyssen und andere Konzern- und Bankherren eine dringende Eingabe an den Reichspräsidenten Hindenburg. Darin heißt es:

„Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volk bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volke gefunden hat... Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exellenz ehrerbietigst zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exellenz die Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen politischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe der nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen."

Damit bekunden die Monopolherren dem Reichspräsidenten, daß 1. die gegenwärtige Regierung in ihren Augen die Fähigkeit verloren hat, die Staatsgeschäfte der Bourgeoisie zu führen, und daß 2. schleunigst der „Führer der größten nationalen Gruppe" — also Hitler — zum Regierungschef gemacht werden soll. Und dieser Wechsel würde nicht ein einfacher Austausch von Figuren sein, wie er während der Weimarer Republik gang und gäbe war. Er würde einen Wechsel in der Herrschaftsform bedeuten — einen Wechsel hin zur offenen terroristischen Diktatur. Das wußten natürlich die Thyssen und Co., als sie ihre Forderung an Hindenburg herantrugen.

Denn — wie wir gesehen haben — hatten sie sich über lange Jahre mit der NSDAP und ihrem Programm vertraut gemacht. Und sie hatten diese Partei unterstützt. Sie bereiteten ihren Machtantritt nicht deshalb vor, weil sie sich etwa in ihren Zielen getäuscht hätten, sondern gerade deshalb, **weil** sie eine faschistische Partei war, **weil** sie in ihr zu Recht ein Instrument für die Errichtung ihrer terroristischen Herrschaft über das deutsche Volk sahen.



Adolf Hitler mit den Industriellen Vögler, Thyssen und Borbet

Hitlers Machtantritt wird vorbereitet

Schon am 4. Januar 1933 rief der Bankier Schröder den Reichskanzler von Papen und die Nazi-Politiker Hitler, Heß, Himmler und Keppler zu einer Besprechung zusammen, um die Durchführung der in der Eingabe an Hindenburg erhobenen Forderungen zu organisieren. Schröder selbst sagte später in einer eidesstattlichen Erklärung über diese Konferenz:

„Er [Hitler] skizzierte diese Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland und der Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben. Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung...

Diese Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in meinem Hause in Köln wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten — einmal an der Macht — eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden...

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrags von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt."

Wenige Wochen nach dieser Unterredung, am 30. Januar 1933, wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt, so wie es die Thyssen und Krupp gefordert hatten.

Hitler hat sich weder die Macht „erschlichen", noch ist er auf einer Woge der Volksbegeisterung ins Reichskanzleramt getragen worden, wie es die bürgerlichen Geschichtsfälscher behaupten. Hitler wurde von der deutschen Monopolbourgeoisie an die Macht gebracht, zu einem Zeitpunkt, wo sich auf der einen Seite die revolutionäre Situation zuspitzte, die KPD zunehmend Einfluß auf breite Schichten der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes gewann, und wo auf der anderen Seite der Einfluß der Nazi-Demagogen wie auch der Einfluß der anderen bürgerlichen Parteien (einschließlich der SPD) auf die Massen im Schwinden begriffen war. Hitler und sein Mordregime waren die letzte Rettung der Bourgeoisie vor dem Untergang, den sie herbeinahen sah.

Terrorherrschaft der Bourgeoisie

Die faschistische Diktatur, die 1933 errichtet wurde, war das Werk der deutschen Monopolbourgeoisie. Mit dieser Diktatur warf sie die Arbeiterbewegung blutig nieder, unterjochte sie das ganze Volk in einer nie dagewesenen Weise. Und durch diese Diktatur schließlich verwirklichte sie ihre Bestrebungen nach einem „militärisch starken Deutschland". Sie schuf sich den gewaltigsten Militärapparat, den die Geschichte bis dahin gekannt hatte, um ihre unersättliche Gier nach den Bodenschätzen und Industrien anderer Länder, nach Arbeitssklaven und fremden Territorien, nach der Weltherrschaft zu befriedigen.

Am Anfang dieser faschistischen Diktatur standen der Reichstagsbrand und die Ermordung zahlloser Kommunisten und anderer revolutionärer Werktätiger. Am Ende standen der Weltkrieg mit dem Überfall auf die sozialistische Sowjetunion, standen Auschwitz und Majdanek, die planmäßige Ermordung von Abermillionen Menschen auf den Kriegsschauplätzen und in den Vernichtungslagern.

Die faschistische Bestie wurde geschlagen. Aber sie ist nicht vernichtet. Die Namen, die in den oben angeführten Dokumenten zu finden sind, die Krupp, Thyssen, Siemens, gehören nicht nur einer finsteren Vergangenheit an. Die Herrschaft des von diesen Namen gekennzeichneten Monopolkapitals lastet weiter auf einem Teil unseres Volkes. So wie damals wird die deutsche Monopolbourgeoisie auch ein zweites Mal den Ausweg in der Errichtung ihrer faschistischen Diktatur suchen, wenn sie ihre Macht bedroht sieht. Das deutsche Volk aber hat aus der Geschichte seine Lehren gezogen. Gerade die letzten Monate haben gezeigt, daß immer breitere Schichten der Werktätigen sich aktiv gegen die Wiederbelebung des Faschismus in den verschiedensten Formen wehren. Das ist ein ermutigendes Zeichen dafür, daß unser Volk nicht gewillt ist, ein neues '33 hinzunehmen.

Britannien
Hunterttausende im Streik

Die mächtige Streikwelle, die seit Wochen weite Teile des öffentlichen Dienstes und der Industrie erfaßt, ist nach wie vor ungebrochen. Während Lastwagenfahrer, Lokführer und städtische Arbeiter 'ihre Kampfaktionen fortsetzen, haben auch die Werktätigen aus anderen Bereichen ihre Forderungen vorgelegt.

Lastwagenfahrer. 100.000 Fahrer stehen seit dem 11. Januar in einem nationalen Streik, den die Führer der Transportarbeitergewerkschaft ausrufen mußte, nachdem es zu breiten spontanen Aktionen gekommen war. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 23 Prozent auf 65 Pfund wöchentlich (ca. 260 Mark). Auch in der vergangenen Woche waren durch den Streik die britischen Seehäfen stillgelegt. Zahlreiche Industriebetriebe mußten Werke vorübergehend schließen. Am Montag meldete die Presse, daß eine Reihe von Fuhrunternehmern bereit ist, die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 23 Prozent zu erfüllen.

Lokführer. Die 10.000 Lokführer haben im Verlauf ihrer Kampfaktionen viermal jeweils für 24 Stunden den gesamten Bahnverkehr stillgelegt, in der letzten Woche am Dienstag und am Donnerstag. Sie fordern eine zehnprozentige Erschwerniszulage.

Städische Arbeiter. Am Montag letzter Woche haben 1,5 Millionen bei den Städten angestellte Arbeiter für einen Tag gestreikt. Am gleichen Tag fanden in mehreren Städten Demonstrationen statt. In London beteiligten sich 60.000 Arbeiter an einem beeindruckenden Aufmarsch, mit dem sie ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen von 40 Prozent auf 60 Pfund (ca. 240 Mark) und nach der 35-Stunden-Woche zum Ausdruck brachten. Nach dem eintägigen Generalstreik haben Hunderttausende die Kampfaktionen fortgesetzt. Sie stehen jetzt in einem unbefristeten Streik.



Streikdemonstration in London

Am Donnerstag letzter Woche haben auch die Bergarbeiter, einer der kampfstärksten Teile der britischen Arbeiterklasse, ihre Forderungen erhoben: eine Lohnerhöhung von 40 Prozent und die Einführung der 4-Tage-Woche.

Die britischen Arbeiter stehen gegenwärtig in einem harten Kampf gegen den weiteren Abbau ihrer Reallöhne und im Zusammenhang damit gegen die 5-Prozent-Lohnleitlinie der Regierung. Seit dem Sommer 1975 hat die Regierung im Bündnis mit den reaktionären Gewerkschaftsführern eine brutale Politik der Begrenzung der Lohnerhöhungen verfolgt. Das bewirkte zum Beispiel, daß im November 1977 der durchschnittliche Nettolohn eines männlichen Arbeiters zehn Prozent niedriger war als 1973. Diesen stetigen Lohnabbau nehmen die britischen Kollegen nicht mehr hin. Mit dem Beginn des großen Fordstreiks sind sie zu einer breiten Offensive zur Durchbrechung der Lohnleitlinie angetreten.

Jetzt versuchen Unternehmer, Regierung und Presse mit Hetze und Drohungen, die Streikenden einzuschüchtern und sie von den übrigen Werktätigen zu isolieren. Die Lügenmärchen über den angeblichen Terror der Streikenden gegen die Bevölkerung werden ja auch hierzulande gerne nachgebetet — vorzugsweise von Springers „Bild“. Da war zum Beispiel die Geschichte vom Queen-Elisabeth-Krankenhaus in Birmingham, wo der Chefarzt wegen mangelnder Versorgung durch den Streik krebskranke Patienten wieder nach Hause und damit in den Tod schicken mußte. Inzwischen war der britische Gesundheitsminister Ennals gezwungen, im Parlament zu erklären, daß es sich dabei um eine bewußte Panikmache gehandelt hat. Zu keiner Zeit war das Leben irgendeines Patienten in Gefahr. Genauso verhält es sich mit angeblichen Versorgungsengpässen. Die streikenden Lastwagenfahrer haben in Wirklichkeit vom Beginn des Kampfes an Lebensmitteltransporte ebensowenig bestreikt wie die Transporte anderer lebenswichtiger Güter.

Premierminister Callaghan hat in der vergangenen Woche die Arbeiter öffentlich zum Durchbrechen von Streikposten aufgerufen. Darüber hinaus hat er unverhohlen mit Polizeieinsätzen und der Verabschiedung von Anti-Streik-Gesetzen gedroht. Die konservative Opposition hat gefordert, solche Gesetze, die vor allem Streikposten für illegal erklären würden, sofort zu verabschieden. Außerdem fordert sie die Einschränkung des Streikrechts im öffentlichen Dienst. Die wilden Angriffe auf die kämpfenden britischen Arbeiter haben jedoch nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Die Streikfront konnte dadurch nicht gebrochen werden und wie das Beispiel der Bergarbeiter zeigt, haben sich auch die Kollegen anderer Bereiche nicht davon abhalten lassen, ihre gerechten Forderungen zu stellen, für deren Durchsetzung sie auch bereit sind zu kämpfen.

Blutbad in Teheran
Imperialisten suchen Verbindung zu Khomeiny

Am Wochenende sind in den Straßen Teherans wieder unzählige Demonstranten von den Truppen des Regimes ermordet worden. Schon am Donnerstag hatte der Regierungschef Bakhtiar über den Rundfunk eine Verschärfung des Kriegsrechts bekannt gegeben. In einem Tagesbefehl an die Armee wurde der ausdrückliche Befehl zur Eröffnung des Feuers auf Demonstrationen gegeben.

In der Nacht zum Freitag schwärmten die Häscher des Regimes in der Hauptstadt aus und führten Massenverhaftungen durch. Mit diesen Terrormaßnahmen wollte Bakhtiar von vornherein die am Wochenende erwarteten neuen Massendemonstrationen ersticken. Darüber hinaus ließ er alle Flughäfen des Landes vom Militär besetzen, um die angekündigte Rückkehr des religiösen Führers Khomeiny aus seinem Exil zu verhindern.

Trotzdem ging schon am Freitag eine unübersehbare Menschenmenge auf die Straßen. Die Demonstranten hatten sich teilweise mit Eisenstangen bewaffnet. Zum Schutz gegen das Militär errichteten sie Barrikaden. Immer wieder wurden Sprechchöre wie „Tod für Bakhtiar“ laut. Der Statthalter des Schahs machte seine Drohungen wahr und ließ die Truppen gezielt in die Menge schießen. Das gleiche Bild wiederholte sich am Sonntag. Wieder ging die Armee mit äußerster Brutalität gegen die Massendemonstrationen in Teheran vor. Pausenlos fuhren Krankenwagen auf, um die Toten und Verwundeten abzutransportieren. Mindestens hundert Menschen haben bei diesem Blutbad ihr Leben verloren.

Die Ereignisse vom Wochenende haben einmal mehr gezeigt, daß die neue Regierung das blutige Handwerk des Schahs fortsetzt. Mit der offenen Unterstützung der amerikanischen Supermacht versucht sie, die Revolte des Volkes im Blut zu ersticken. Aber so wenig wie es dem Schah gelang, so wenig ist es Bakhtiar gelungen, das heldenhafte iranische Volk zu „befrieden“ und die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus über den Iran zu stabilisieren.


Armee-Einsatz gegen Demonstranten

Unter diesen Umständen richtet sich die Aufmerksamkeit aller Feinde des iranischen Volkes verstärkt auf Khomeiny, der über einen großen Einfluß auf die Massen verfügt. Bakhtiar selbst kündigte am Wochenende überraschend eine Reise nach Frankreich an, um sich mit dem Schiiten-Führer zu treffen. Eine Absicht, die allerdings an der Weigerung Khomeinys scheiterte, den Statthalter des Schahs zu empfangen. Unterdessen hat jedoch Washington direkt seine Fühler zu Khomeiny ausgestreckt. Der ehemalige Justizminister Clark führte ein längeres Gespräch mit dem Ayatollah, über das er sich anschließend positiv äußerte.

Aber nicht nur die amerikanischen Imperialisten versuchen angesichts des Scheiterns ihrer Marionetten im Iran jetzt mit Khomeiny ins Gespräch zu kommen. Auch ihre sowjetischen Konkurrenten haben in der letzten Woche bemerkenswerte Vorstöße in dieser Richtung unternommen. Hatten sie noch im November Khomeiny scharf angegriffen, nannten sie ihn jetzt in ihren Propagandaorganen einen „herausragenden nationalen und religiösen Führer“. Zugleich haben sie die moskautreue Tudeh-Partei aktiviert, die gegenwärtig die religiösen Führer mit Bündnisangeboten überhäuft.

Das Vorgehen der Moskauer Revisionisten und ihrer iranischen Nachläufer ist dabei von besonderer Widerwärtigkeit. Jahrzehntelang hat der Kreml den Henker Reza Pahlewi auf jede erdenkliche Weise unterstützt. Im Gegenzug für das Recht, die iranischen Erdgasquellen ausplündern zu können, haben sie das Mordregime mit Waffen beliefert, unter anderem mit Armeelastwagen und Artilleriegeschützen. Sie haben zu den Verbrechen dieses Regimes geschwiegen und stattdessen den Schah in den höchsten Tönen gelobt. Noch Ende letzten Jahres konnte der Henker ein Glückwunschtelegramm von Breschnew empfangen. Um ihren Schacher mit der Diktatur von Teheran nicht zu gefährden, haben die Kremlherren sogar die Zerschlagung der Tudeh-Partei und die Liquidierung zahlreicher ihrer Mitglieder mit Schweigen übergangen. Das ist „proletarischer Internationalismus“ Marke Moskau.

Und jetzt, wo die Wogen der revolutionären Bewegung immer höher schlagen, wo das Volk den Schah aus dem Land gejagt hat, entdeckt man in Moskau plötzlich, daß dieser Mensch ein Verbrecher war. Jetzt entdeckt man sogar den Kampf des Volkes, widmet ihm nach Jahrzehnten des Schweigens Presseartikel und versucht mit den religiösen Führern, die in diesem Kampf eine Rolle spielen, ins Geschäft zu kommen. Und die völlig verkommene Tudeh-Partei, über Jahre hinweg von Moskau an den Schah verkauft, rührt die Reklametrommel für das Bündnis des Irans mit der Sowjetunion.

Aber eine solche durchsichtige Politik wird beim iranischen Volk auf wenig Gegenliebe stoßen. Dieses Volk wird nicht vergessen, wer die Freunde des Schahs waren, und es weiß, daß sie seine Feinde sind.

Der Papst in Mexiko
An der Seite der faschistischen Regime

Auf den Völkern des Kontinents lastet schwer das Joch des amerikanischen Imperialismus. Die Wallstreet-Monopole haben den größten Teil der Reichtümer Lateinamerikas in ihre Hände gebracht. Rücksichtslos plündern sie die Länder des Kontinents und beuten die billige Arbeitskraft der Werktätigen aus. Um ihre Herrschaft abzusichern, haben sie in den meisten Ländern — von Chile bis Nicaragua — faschistische Regierungen an die Macht gebracht. Für die Werktätigen bedeutet das Diktat des amerikanischen Imperialismus wachsende Verelendung und grausame Unterdrückung. In aller Erinnerung sind noch die Massaker der US-hörigen Somoza-Clique gegen das Volk, das sich zum Aufstand erhoben hatte.

Die anwachsenden Massenkämpfe gegen die faschistischen Generäle und das amerikanische Joch haben ihren Einfluß auch auf die katholische Kirche gehabt, die in Lateinamerika noch über einen großen Einfluß verfügt. Zahlreiche Priester aus den niederen Rängen des Klerus haben sich an die Seite des Volkes gestellt und unterstützen seinen Kampf. Viele von ihnen mußten diese Entscheidung mit dem Kerker oder mit dem Tod bezahlen.


Die Lage der Werktätigen in Südamerika: Elendsbehausungen in Brasilien

Vor diesem Hintergrund muß die Papstreise nach Mexiko gesehen werden. Johannes Paul machte vor der Bischofskonferenz unmißverständlich klar, daß der Vatikan jedes Eintreten seiner Priester für die Sache des Volkes schärfstens mißbilligt. Priester — so erklärte der Papst — seien „keine sozialen oder politischen Führer oder Funktionäre einer weltlichen Macht“. Und weiter: Es gehe nicht an, „daß sie die Gebete durch Handeln ersetzen und sich in die Politik einmischen“. Kein Wort der Anklage findet dieser finstere Reaktionär gegen die faschistischen Gorillas, die das Volk foltern und morden, die auch zahllose Priester zu Tode gequält haben. Seine einzige Sorge ist es, die Kleriker an ihren „göttlichen“ Auftrag zu erinnern.

Sie sollen sich nicht in die Politik einmischen — also sich den faschistischen Diktatoren beugen. Statt handelnd an die Seite des Volkes zu treten, sollen sie beten, die kämpfenden Massen mit ihrer elenden Existenz versöhnen und durch die katholischen Legenden vom ewigen Leben vom Kampf für die Beseitigung der Ursachen ihres Elends abbringen. So zeigte der Auftritt des Papstes in Mexiko in aller Abscheulichkeit das reaktionäre und menschenverachtende Wesen der Kirche. Dieser Papst hat es nur klarer auf den Begriff gebracht als seine Vorgänger, die es liebten, einige soziale Phrasen in ihre Predigten einzustreuen.

Aber Johannes Paul II. hat schließlich seine Erfahrungen. Als er noch Wojtyla hieß und Kardinal in Krakau war, war er stets zu Diensten, wenn ihn das sozialfaschistische polnische Regime zur Beruhigung der aufgebrachten Volksmassen brachte. Jetzt spielt er die gleiche üble Rolle gegenüber den Völkern Lateinamerikas. Washington wird es ihm zu danken wissen.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Bandeira Vermelha — Portugal

Vanguardia Obrera — Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ — Griechenland

Proletari di tutti i paesi, unitevi! nuova unità — Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen“

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, Postfach 300526

Grußadressen zum 10. Jahrestag der KPD/ML

Marxistisch-Leninistisches Organisationskomitee (heute KP USA/ML)

Liebe Genossen,

nehmt bitte im Namen des ZK der MLOC unsere warmherzigsten Glückwünsche und unsere starke kämpferische Unterstützung zum 10. Jahrestag eurer Partei entgegen.

Die Arbeiterklasse der USA hat in den letzten Jahren mit großem Interesse und lebhafter Anteilnahme das Wachsen der KPD/ML verfolgt. In jüngster Zeit gab es erfreulicherweise zwischen unseren beiden Organisationen enge und sich festigende Beziehungen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, die die gemeinsamen Interessen unserer beiden Völker im Kampf gegen den Imperialismus, besonders die beiden Supermächte, die deutsche Monopolbourgeoisie und die gesamte Reaktion zum Ausdruck bringen.

Der Einfluß der KPD/ML zeigt sich in den Kämpfen der Arbeiterklasse in Deutschland, in den Erfolgen und im Erstarken der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition, in der zunehmenden Unterstützung in Deutschland für die Partei der Arbeit Albaniens und das sozialistische Albanien, in den erfolgreichen Kämpfen gegen die Wiederbelebung des Faschismus, wo eure Partei überall führend eingreift. Diese Ereignisse und Aktivitäten sind ein Ansporn für die werktätige Bevölkerung der USA und aller anderen Länder.

Im Kampf gegen alle Formen des Revisionismus, einschließlich der konterrevolutionären „Theorie der drei Welten" und der revisionistischen Führung in China, hat sich die KPD/ML als entschiedene revolutionäre Verteidigerin der Reinheit des Marxismus-Leninismus erwiesen. Zusammen mit allen revolutionären, marxistisch-leninistischen Parteien in der Welt mit der PAA an der Spitze hat die KPD/ML einen wertvollen Beitrag zur Einheit und Stärkung der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung geleiste.

Zusätzlich zu dem gemeinsamen Kampf gegen das gesamte Weltsystem des Imperialismus haben die Völker unserer beiden Länder, deren wirtschaftliches und politisches System so eng miteinander verbunden sind, viele einzelne Feinde gemeinsam. Mögen sich die Beziehungen zwischen dem Proletariat unserer beiden Länder, zwischen der KPD/ML und der revolutionären marxistisch-leninistischen Partei, die in den USA bald gegründet werden wird, in Zukunft festigen und vertiefen, mögen wir gemeinsam Erfolge erringen in den bevorstehenden Klassenschlachten.

Unser Zentralkomitee übermittelt eurer Partei unsere allerbesten Wünsche zu künftigen Erfolgen in der revolutionären Schlacht zum Sturz der deutschen Kapitalistenklasse und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in einem vereinten Deutschland!

Ruhm dem Marxismus-Leninismus!
Es lebe der 10. Gründungstag der KPD/ML!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Politbüro des Zentralkomitees des Marxistisch-Leninistischen Organisationskomitees

Kommunistische Partei Ceylons

Liebe Genossen,

zum IV. Parteitag und zum 10. Jahrestag eurer Partei entbieten wir euch im Namen der Kommunistischen Partei Ceylons unsere herzlichsten Grüße und besten Wünsche. Wir sind um so mehr erfreut, euch grüßen zu können, da wir die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse, die der Welt die beiden größten revolutionären Führer, Marx und Engels, gaben, sehr hoch einschätzen.

In einer Situation, wo Deutschland einer tragischen Spaltung unterworfen ist, wo die beiden imperialistischen Supermächte um die Herrschaft über die Welt ringen, wo die verschiedenen Schattierungen des Revisionismus einen vorübergehenden Einfluß im europäischen Proletariat erlangt haben, wo der Marxismus-Leninismus von der neuen Führung der KP Chinas verraten wurde, in einer solchen Situation trägt eure Partei im Herzen Europas eine große Verantwortung bei der Verteidigung der allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus.

Wir zweifeln nicht daran, daß ihr diese Aufgabe ehrenvoll erfüllen und das rote Banner des Marxismus-Leninismus hochhalten werdet. Wir wünschen euch einen vollen Erfolg.

Mit herzlichen Grüßen
N. Sanmugathasan
Generalsekretär

Kommunistische Partei Britanniens/ Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen,

wir danken euch für die Einladung zur Teilnahme an den Veranstaltungen zur Feier des 10. Jahrestages der Gründung der KPD/ML und des 60. Jahrestages der Gründung der KPD.

Leider ist es uns nicht möglich, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Wir wünschen euch jedoch auf diesem Weg vollen Erfolg in euren Bestrebungen. Wir sind sicher, daß sich eure Partei in den kommenden Jahren noch stärker entwickeln, daß sie den Kampf des deutschen Proletariats gegen die herrschende Klasse auf eine noch höhere Stufe heben wird.

Für die Festigung der klaren revolutionären Linie des Marxismus-Leninismus gegen den Opportunismus und Revisionismus aller Schattierungen! Für die Einheit der Arbeiterklasse aller Länder!

Mit herzlichen Grüßen
im Namen des Zentralkomitees
Reg Birch

Ein neues Werk des Genossen Enver Hoxha

„Imperialismus und Revolution"

Im Dezember erschien das neue Werk des Genossen Enver Hoxha, „Imperialismus und Revolution", im albanischen Buchhandel. Eine erste Auflage war schon April letzten Jahres veröffentlicht und innerhalb der Partei der Arbeit Albaniens verbreitet worden. „Imperialismus und Revolution" ist ein Werk von grundlegender Bedeutung für den Kampf des Weltproletariats für den Sieg des Sozialismus.

In Albanien ist dieses Buch des Genossen Enver Hoxha — wie die albanische Presse berichtet — gegenwärtig Gegenstand lebhafter Diskussionen unter den Werktätigen und eines breiten Meinungsaustausches über die großen Fragen, die es behandelt. Demnächst wird dieses wichtige Werk auch in deutscher Sprache erscheinen. Um unseren Lesern einen Eindruck von „Imperialismus und Revolution", einen Überblick über die darin behandelten Fragen zu geben, bringen wir im folgenden Auszüge aus einer Sendung von Radio Tirana über das Buch des Genossen Enver Hoxha.

„Das Werk teilt sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird die Strategie des Imperialismus und des modernen Revisionismus sowie die Hauptprobleme der marxistisch-leninistischen Theorie über den Imperialismus, die Revolution und den Befreiungskampf der Völker behandelt. Der zweite Teil ist der Kritik des chinesischen Revisionismus, seiner ideologischen Plattform und Politik gewidmet.

Das Buch beginnt mit dem Kapitel ‚Die Strategie des Imperialismus und des modernen Revisionismus', in dem Genosse Enver Hoxha die strategischen Ziele des Weltimperialismus analysiert, besonders des amerikanischen, des sowjetischen Sozialimperialismus und des chinesischen Sozialimperialismus. Ein Teil dieses Kapitels ist der Entlarvung verschiedener revisionistischer Strömungen gewidmet, wie der des jugoslawischen Revisionismus, des Eurokommunismus usw., der Entlarvung der Rolle, die sie im Dienst der Globalstrategie des Imperialismus und des Sozialimperialismus spielen. Dieses Kapitel schließt mit der Schlußfolgerung, daß unabhängig von den Plänen und Absichten der Feinde der Völker und der Revolution die Zeit für die Revolution arbeitet, für den Sozialismus und nicht für die Bourgeoisie und den Imperialismus, nicht für den modernen Revisionismus und die Weltreaktion. (...)

Den Eigenschaften und Merkmalen des heutigen Imperialismus und deren Entstellungen durch die Revisionisten widmete Genosse Enver Hoxha das Kapitel mit dem Titel: ‚Die leninistische Theorie über den Imperialismus bleibt immer aktuell.' Unter den heutigen Bedingungen, betonte er, da unter dem Vorwand, die Lage habe sich geändert, die Sache der Revolution und der Befreiung der Völker von den modernen Revisionisten und den anderen Feinden des Marxismus-Leninismus angegriffen wird, erhält das Studium der Werke Lenins über den Imperialismus erstrangige Bedeutung. Wenn wir aufmerksam diese Werke Lenins studieren und getreu an seiner genialen Analyse und seinen genialen Schlußfolgerungen festhalten, werden wir sehen, daß der Imperialismus der heutigen Tage vollkommen eben jene Merkmale bewahrt hat, die ihm Lenin zugesprochen hat, daß Lenins Bestimmung unserer Epoche als der des Imperialismus und der proletarischen Revolution unerschütterlich steht, daß der Sieg der Revolution unvermeidlich ist.

In dem Buch nimmt die Entwicklung der leninistischen Theorie über die Revolution, der das Kapitel ‚Die Revolution und die Völker' gewidmet ist, einen großen und sehr bedeutsamen Platz ein. Genosse Enver Hoxha analysiert von marxistisch-leninistischen Positionen aus den heutigen Klassen- und Befreiungskampf auf der Welt, die Lage in Europa, in Asien, in Afrika usw., die Krisen und aktuellen Konflikte in den verschiedenen Ländern und Gebieten. Heute, schreibt er, da die Sache der Revolution zur Lösung ansteht, ist es eine zwingende Aufgabe, den Nebel zu zerreißen, den Revisionisten über die Revolution gelegt haben, die Manöver und Spekulationen zu entlarven, die sie um diese Frage anstellen, ihre konterrevolutionären, chauvinistischen, hegemonistischen Ziele zu enthüllen, die Lehren des Marxismus-Leninismus über die Revolution zu verstehen und richtig anzuwenden.

In diesem Kapitel legte Genosse Enver Hoxha besonderen Wert auf die Erklärung der leninistischen These vom Verständnis des Befreiungskampfes der Völker als untrennbaren Bestandteil der Weltrevolution. Diese Verbindung, betont er, wird heute noch klarer, noch natürlicher, da die Mehrzahl der Völker mit dem Zerfall des alten Kolonialsystems einen Schritt nach vorn hin zur Unabhängigkeit machten und eigene Nationalstaaten schufen und da sie nach diesem Schritt noch weitergehen wollen. Sie wollen die Beseitigung des neokolonialistischen Systems, jeder imperialistischen Abhängigkeit, jeder Ausbeutung durch das ausländische Kapital, sie wollen die volle Souveränität und Unabhängigkeit, wirtschaftlich und politisch. (...)

Der zweite Teil des Buches beginnt mit dem Kapitel ‚Die Theorie der ‚drei Welten' — eine konterrevolutionäre und chauvinistische Theorie'. Die Theorie der ‚drei Welten', schreibt Genosse Enver Hoxha, steht im Gegensatz zur Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin, oder genauer, sie ist eine Verneinung ihrer Theorie. Es ist unwichtig zu wissen, wer zuerst den Begriff ‚dritte Welt' erfand, wer zuerst die Welt in drei Teile teilte. Aber es ist sicher, daß Lenin keine solche Teilung vorgenommen hat; während die KP Chinas deren Vaterschaft beansprucht und sagt, Mao Tsetung habe die Theorie der ‚drei Welten' erfunden. Wenn er es war, der diese sogenannte Theorie zum ersten Mal formulierte, so ist dies ein weiterer Beweis dafür, daß Mao Tse-tung kein Marxist ist. Aber auch wenn er diese Theorie nur von anderen übernommen hat, so reicht dies schon, um kein Marxist zu sein. Die Welt als dreigeteilt anzusehen, in eine ‚erste Welt', eine ‚zweite Welt' und eine ‚dritte Welt', und nicht unter dem Blickwinkel der Klasse, so wie dies die chinesischen Revisionisten tun, das hieße, von der marxistisch-leninistischen Theorie des Klassenkampfes abzuweichen, hieße, den Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zu leugnen, den Kampf für den Übergang aus einer rückständigen Gesellschaft in eine neue Gesellschaft, in die sozialistische Gesellschaft, und später in die klassenlose, die kommunistische Gesellschaft. (...)

In dem Kapitel ‚Chinas Plan, eine Supermacht zu werden', zeigt der Autor mit vielen überzeugenden Tatsachen auf, daß die Theorie der ‚drei Welten', die Bündnisse, die die chinesische Führung predigt, und überhaupt die Außenpolitik, die sie verfolgt, daß all dies darauf abzielt, China möglichst schnell in eine imperialistische Supermacht zu verwandeln. An der Politik, die China verfolgt, schreibt Genosse Enver Hoxha, zeigt sich immer klarer, daß es danach strebt, die Positionen des Kapitalismus im Land zu stärken und seine Vorherrschaft auf der Welt zu errichten, eine imperialistische Großmacht zu werden, so daß auch China den, wie es heißt, verdienten Platz einnimmt. Um zur Supermacht zu werden, brauchen sie unbedingt eine entwickelte Wirtschaft, eine mit der Atombombe ausgerüstete Armee, brauchen sie sichere Märkte und Einflußzonen, Kapitalinvestitionen im Ausland usw.

Unter diesen Bedingungen, fährt er fort, muß China, um eine Supermacht zu werden, zwei Hauptphasen durchlaufen. Zuerst muß es vom amerikanischen Imperialismus und von anderen entwickelten kapitalistischen Ländern Kredite und Investitionen verlangen, muß es neue Technologie einkaufen, um die Reichtümer des eigenen Landes ausbeuten zu können, wobei ein großer Teil von ihnen als Dividende an die Gläubiger geht. Als zweites wird es den Mehrwert, der auf dem Rücken des chinesischen Volkes erzielt wurde, in verschiedenen Staaten und Kontinenten investieren, so wie es gegenwärtig die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten tun. Die andere Seite des chinesischen Plans, zu einer Supermacht zu werden, sind die Versuche, die weniger entwickelten Länder der Welt zu dominieren, zum Leader dessen zu werden, was China ‚dritte Welt' nennt.

In einem besonderen Kapitel mit dem Titel ‚Die «Mao-Tsetung-Ideen» — eine antimarxistische Theorie' wird diese sogenannte Theorie überall kritisiert, wo sie auftritt, beim Parteiaufbau, in der Armee und insbesondere bei der Behandlung der Strategie und Taktik der Revolution, des Klassenkampfes usw. Genosse Enver Hoxha betont, daß die ‚Mao-Tse-tung-Ideen' eine neue Variante des Revisionismus sind, die schon vor dem zweiten Weltkrieg, insbesondere nach 1935, als Mao Tse-tung an die Macht kam, Form anzunehmen begann. Da der Tätigkeit der Partei nicht die Prinzipien und Normen des Marxismus-Leninismus zugrunde gelegt wurden, sondern die der ‚Mao-Tse-tung-Ideen', wurde dem Opportunismus und dem Fraktionskampf innerhalb der KP Chinas noch mehr die Tür geöffnet. Die ‚Mao-Tse-tung-Ideen', schreibt Genosse Enver Hoxha, sind ein Amalgam von Standpunkten, in dem vom Marxismus entlehnte Ideen und Thesen mit anderen idealistischen, pragmatischen und revisionistischen Grundsätzen vermischt sind. Ihre Wurzeln liegen in der alten chinesischen Philosophie und in der politischen, ideologischen Vergangenheit Chinas, in seiner staatlichen und militaristischen Praxis. Dies zeigt sich im ganzen theoretischen Werk Maos, das trotz aller verschleiernder revolutionärer Phraseologie und revolutionärer Schlagworte nicht die Tatsachen verbergen kann, daß die ‚Mao-Tse-tung-Ideen' nichts mit dem Marxismus-Leninismus gemein haben. Als Folge der antimarxistischen Vorstellungen über die Widersprüche, über die Klassen und über ihre Rolle in der Revolution, die die ‚Mao-Tse-tung-Ideen' predigen, schreibt Genosse Enver Hoxha abschließend, ging China niemals den richtigen Weg des sozialistischen Aufbaus, die ‚Mao-Tse-tung-Ideen' führten China nicht auf den wahren Weg des Sozialismus und konnten dies auch gar nicht.

Das Buch schließt mit dem Kapitel ‚Die Verteidigung des Marxismus-Leninismus — eine große Aufgabe für alle wahren Revolutionäre'."

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW





Bewachtes Rebmann-Haus in Stuttgart

„Opfer fürs Vaterland"?

Der Kampf gegen den sogenannten Terrorismus, der eine Hauptbeschäftigung des bundesdeutschen Staatapparates ist, hat manchen Helden des Maules, des Revolvers, der Gesetzeshandhabung und der Gefangenenmißhandlung hervorgebracht. Die Helden blasen ihren Brustkorb auf — und doch sitzt ihnen die Angst in den Knochen. Die Angst schreit nach Schutz, nach Leibwache und Panzerung. Und die Angst ist so groß, daß sie schon längst wieder eine neue Art von Terrorismus hervorgebracht hat: den Terror gegen die Nachbarschaft der Helden mittels eines Systems von monströsen Sicherheitsmaßnahmen.

Kurt Rebmann wohnte bereits im vornehmen Stuttgarter Österfeld, in der Othellostraße, als er vor eineinhalb Jahren Generalbundesanwalt und oberster Terroristenjäger wurde. Die Beförderung Rebmanns hatte auch für die Bewohner der Othellostraße, ja ganz Österfelds, ungeahnte Folgen. Ihr Wohngebiet verwandelte sich in ein polizeiliches Sondergebiet.

Das zum Bunker umgestaltete Haus des Generalbundesanwalts, das in einer Reihenhauszeile steht, wird nun nachts von vier Lampen in grelles Flutlicht getaucht. Stützmauer und Zaun sind durch Sandsackbarrieren verstärkt. Für Wachtposten sind überdachte Brustwehren gemauert. Im Grundstücksbereich der Reihenhauszeile besteht absolutes Halteverbot.

Vier mit Maschinenpistolen und quäkenden Funksprechgeräten bewaffneten Posten bewachen das Haus rund um die Uhr. Sie werden in der Regel alle zwei Stunden abgelöst und in unregelmäßigen Abständen kontrolliert. Ein Panzerspähwagen kreuzt auf der Straße sowie vor und auf dem Feldweg hinter den Reihenhäusern. Kommt Rebmann nach Hause oder verläßt er seine Wohnung, dann brausen vier schwere Wagen heran. Bis zu 14 Beamte nehmen Rebmann in Empfang oder bringen ihn ins Haus. Außerdem sichern zwei Polizeifahrzeuge die Zu- und Abfahrt. Uniformierte Doppelposten schützen die Strecke. Die Zufahrt zu einer nahegelegenen Schule wurde umgeleitet und der öffentliche Spielplatz von der Polizei geräumt. Zur Geländekontrolle kreist ein Hubschrauber. Nachts durchstreifen Hundeführer die Gegend. Rund 50 Polizeibeamte sind im Schichtdienst eingesetzt.

Für die Nachbarn Rebmanns bedeuten die Sicherungsmaßnahmen eine schwere Belästigung. Dazu kommt eine starke Gefährdung ihrer Gesundheit und ihres Lebens. Zweimal bereits haben sich Schüsse aus den Maschinenpistolen der Polizisten gelöst. Keiner der Bewohner hat die Gewähr, nicht einmal für einen Terroristen gehalten und entsprechend „behandelt" zu werden. Und sollte es tatsächlich einmal zu einer Schießerei kommen, so sind die Nachbarn völlig ungeschützt. „In diesen schweren Zeiten sind eben von vielen Leuten Opfer fürs Vaterland nötig", bemerkte Rebmann zynisch.

Als Rebmann vor eineinhalb Jahren Generalbundesanwalt wurde, war seine bürgerliche Nachbarschaft — darunter Regierungsbeamte — ihm und seinem Amt ausgesprochen wohlwollend eingestellt. Mittlerweile ist die Stimmung umgeschlagen. Die Nachbarn wehren sich mehr und mehr; sie haben bereits zu rechtlichen Mitteln gegriffen. Sie wollen den in ihrer Mitte verbarrikadierten Helden loswerden — so schnell als möglich.

Die „Qual dieser Frage"

Untergang der „München" — Nachlese

In dem Artikel „Profitgier oder ‚Jahrhundertwelle'?" (RM 1/79) vertraten wir die Ansicht, daß der Untergang des Riesenfrachters „München" am 12. Dezember 1978 in erster Linie der Profitgier der Hapag-Lloyd-Kapitalisten verschuldet worden ist. Für diese Ansicht haben wir Bestätigungen gefunden. Wir zitieren zunächst aus Leserzuschriften an den „Spiegel":

Da schreibt der Kapitän Ernst-Günther Unterhorst: „Katastrophen in der Seeschifffahrt haben in aller Regel nur zwei Ursachen: Profitstreben der Reederei und die von archaischen [altertümlichen] Klischees durchsetzte Ideologie der Kapitäne, wobei letztere dem Reeder sehr entgegenkommt, sie die Verhüllung der Fragen nach Ursachen und Schuld so angenehm verschleiern hilft. Wenn die Überwachung der seegerechten Stauung von Stahl und ähnlichem in den Bargen [Containern] nicht eindeutig kontrolliert werden kann, so darf der Reeder mindestens nicht auch noch durch Ausschöpfung der Tragfähigkeit bis zum Äußersten diese Gefährdung erhöhen. (...) Dieses Schiff gehörte (bei Vernunft) nicht an den Ort, an dem es sank."

Der Seemann Harald Diederich erklärt: „Als ehemaliger Seemann bei Hapag-Lloyd weiß ich, daß bei Reedern und Kapitänen nicht die Sicherheit den Vorrang hat, sondern einzig und allein der Fahrplan. Welche Unbill auch das Wetter bereithält, ob Nebel oder schwere See, es wird voll drauflosgedampft!"

Der ehemalige Hapag-Lloyd-Fahrer Werner Trost vertritt die Meinung: „Nicht die ‚Jahrhundertwelle' führte zum Untergang der ‚München', sondern das System, in dem dieser Frachter fuhr. Der Kapitän mag sich über seine Beurteilung mehr Gedanken gemacht haben als über seine Verantwortung. Wie hätte er der Reederei gegenüber ein stundenlanges oder gar tagelanges ‚Gegenandampfen' erklären sollen, wenn diese ihm die Rechnung für einen total durcheinander geratenen Terminplan aufgemacht hätte?"

Und ein Dr. Gerd Haneberg stellt fest: „Sicherlich hat zum Untergang erheblich die Tendenz beigetragen, Schiffe immer mehr mit Deckslasten oder mit Aufbauten zu versehen, die ‚München' trug als Deckslast Container oder Leichter, sogar in zwei Reihen übereinander. (...) Die Deckslast beeinflußt und verändert die Stabilität des Schiffskörpers in unberechenbarer Weise, weil es als zusätzliche Kraftkomponente die von der anlaufenden See ausgeübten Drücke hinzutreten."

Von Profitstreben und dergleichen wollte dagegen der reaktionäre Hamburger Theologe Professor Dr. Helmut Thielicke nichts wissen. Er suchte — sicherlich ganz im Sinne der Hapag-Lloyd — die Ursache beim Herrgott. Auf der Trauerfeier für die 28 Opfer des Schiffsunglücks in Bremen predigte er: „Die Perfektion des menschlichen Könnens scheiterte an der Übermacht der Elemente... In wessen Hand nun sind diese Elemente?... Sind es blinde Chaos-Mächte, die schließlich triumphieren und den ‚Strahl ohne Wahl' zucken lassen? **Wir können das dunkle Rätsel, das hier nach uns greift, nicht lösen,** auch als Christen können wir das nicht. Wir können nicht sagen: ‚Deshalb, weil...' hat Gott uns diesen Schmerz zugefügt. Wir können nur mit den Psalmisten antworten: ‚Dennoch bleibe ich stets an dir.' Wir können die Frage nicht lösen, wir können nur von der **Qual dieser Frage** erlöst werden."

Dem ist nichts hinzuzufügen.



Samstag, 3. Februar, 20.15 Uhr, WDR III: **„Einspruch zur Sache"**. Dokumentarfilm über den Prozeß gegen den berüchtigten Kommunistenjäger McCarthy. McCarthy, der einer ganzen Ära des Antikommunismus seinen Namen gegeben hatte, war 1954 wegen Begünstigung und Bestechung sowie wegen seiner Verhörmethoden angeklagt worden.

Sonntag, 4. Februar, 21.05 Uhr, ARD: **„Aus einem deutschen Leben"**. Spielfilm über das Leben des Kommandanten von Auschwitz, des millionenfachen Mörders Höss. In seiner Kritik am Faschismus ging dieser Film der südbayrischen Landesbildstelle schon zu weit; er wurde als „ungeeignet" für die Aufführung an Schulen abgelehnt.

Montag, 5. Februar, 22.10 Uhr, Südwest III: **„Upton Sinclair"**.

Donnerstag, 8. Februar, 21.50 Uhr, NDR III: **„Honoré Daumier"**.

(Die Vorschläge sind „ohne Gewähr". Wir können uns die Filme meist vorher nicht ansehen).

Die First Lady und die Massenmörder



Die gesellschaftlichen Verpflichtungen Rosalynn Carters, der Gattin des US-Präsidenten, sind vielfältig. Eine ihrer Aufgaben scheint die Hätschelung von Massenmördern zu sein.

1976 drückte Rosalynn Carter Jim Jones die Hand (linkes Bild). Sie schrieb ihm später einen Brief, in dem es hieß: „Lieber Jim, ich habe mich gefreut, während des Wahlkampfes mit dir zusammengewesen zu sein." — Jones ließ Ende des letzten Jahres in Guyana fast 1.000 Menschen ermorden.

Am 6. Mai 1978 signierte Rosalynn Carter eine Fotographie, die sie zusammen mit dem Bauunternehmer John Gazy zeigt (mittleres Bild). Gazy gestand im vergangenen Dezember, insgesamt 32 Jungen und junge Männer sexuell mißbraucht und erdrosselt zu haben. Die — durchweg arbeitslosen — jungen Menschen lockte der Bauunternehmer unter dem Vorwand, ihnen Arbeit zu verschaffen, in sein Haus.

Über ihre Pressesekretärin ließ Rosalynn Carter kommentieren: „Ein ungewöhnliches Zusammentreffen!" — So ungewöhnlich sind solche Zusammentreffen indes nicht. Rosalynn Carter ist es gewohnt, blutige Hände zu drücken. Schließlich ist sie die Frau des Oberhaupts der amerikanischen Imperialisten. Zu ihren lieben Bekannten zählt auch der Schah, der Henker der Völker des Iran (rechtes Bild).

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

**Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30**

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231/43 36 91 und 43 36 92

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. [illegible], Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/[illegible]41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/[illegible]71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 [illegible], geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2 60 75 54

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 11.00-18.00 Uhr, Mi 15.00-18.00 Uhr und Sa 10.00-13.00 Uhr.